

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgesaltene Pestscheibe oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Nr. 42.

Sonntag, den 18. Februar 1922.

29. Jahrgang.

# Die Wohnungsfrage vor dem Reichstag

## Steuerelend.

Dr. L. Lübeck 18. Februar.

172. Sitzung.

Freitag, 17. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Heute (U.S.P.) fragt an, ob das Reichskabinett beschlossen habe, unter gewissen Voraussetzungen beträchtliche Summen für die durch den Sturz der Mark geschädigten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften auszuwerfen.

Ministerialdirektor Jonquieres teilt mit, daß einige Lebensversicherungsgesellschaften, die auch im Ausland arbeiten, der Währungsnot wegen um Hilfe gebeten haben. Das Reichskabinett habe beschlossen, unter gewissen Voraussetzungen diesen Gesellschaften durch Beschaffung von Krediten zu helfen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die

### Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Durch die Vorlage soll die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues erhöht werden. Die Regierung schlägt vor, die Abgabe von 10 auf 50 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen. — Ein Antrag Herzog (D.M.P.) fordert Abschaffung des Gesetzesentwurfes, da die Förderung des Wohnungsbaues Sache der Länder ist. — Nach dem Berichterstatter Abgeordneter Saub (Bayer. W.P.) erklärt

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Die Streitfrage war die, ob die gesamten Mittel zum Bau der neuen Wohnungen von den Mietern erhoben werden oder ob ein Teil durch Anleihe beschafft werden solle. Das Gesetz hat einen Mittelweg eingeschlagen. Die Träger der Sozialversicherung haben sich zur Stellung von Mitteln bereit erklärt. Ich spreche ihnen dafür namens des Reichskabinetts den Dank aus für diese soziale Haltung.

Bazille (D.M.P.): Man wird uns bald zumuten, die Abgabe von 50 auf 100 und 200 Proz. zu erhöhen. Die Verfechter des Sozialismus wollen bei der Wohnungsfrage in die Gesetzgebung eine Tendenz zur Sozialisierung hineinbringen. Die Wege der Regierung führen nicht aus der Wohnungsnot heraus. Die Ursachen der Wohnungsnot sind: der Krieg, die Soldaten, die keine Wohnung mehr hatten, die falsche Wohnungspolitik und die verfehlte Wirtschaftspolitik. Die jetzige Gesetzgebung führt uns noch tiefer ins soziale Elend. Was man nun soziale Gesetzgebung nennt, muß als antisoziale Gesetzgebung bezeichnet werden. Auch das vorliegende Gesetz wirkt antisozial. Es belastet den Familienvater mit vielen Kindern mehr, als eine kinderlose Familie.

Silberstein (S.D.): Da mein Herr Vorredner viele Dinge ausgesprochen hat, die zum Widerspruch herausfordern müßten, will ich etwas ausführlicher zur Frage der Förderung des Wohnungsbaues sprechen. Zunächst muß bestritten werden, daß eine Verfassungsänderung vorliegt. Was die Zwangswirtschaft im Wohnungsweesen betrifft, so darf daran erinnert werden, daß im Unterausschuß darauf hingewiesen wurde, daß auch in Zukunft für das Wohnungsweesen an der Zwangswirtschaft festgehalten werden müsse, da sonst die Gesundheit der Bevölkerung aufs schwerste betroffen würde. Es ist notwendig, den Reichstag daran zu erinnern, daß der Ausschuß die Beachtung des Volkswirtschaftlichen Gesichtspunktes in der Baufrage verlangte. Vor dem Kriege bauten wir aus den Ueberschüssen des Volkseinkommens, heute gibt es keine Ueberschüsse. Wir leben von der Substanz, und eben darum muß vor allem der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt oberan stehen. Es muß so gebaut werden, daß zugleich produktive Werte damit geschaffen werden. Bauen wir Bergarbeiterwohnungen, so schaffen wir eine Vermehrung der Nahrung. Das Bauprogramm der nächsten Jahre muß zur Steigerung der Produktion, der Kohlen, Düngemittelproduktion, der Ausfuhr dienen, und eben darum darf das Bauen nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben. Wenn die sozialistische Partei diesen Grundsatz versteht, will, strebt sie darauf hin, daß das Bauprogramm aus dem engen Rahmen und aus dem engen Horizont herausgehoben wird. Die Regelung des Bauprogramms ist eine Voraussetzung für den gesamten Wiederaufbau und für unsere gesamte Wirtschaft. Mit kleinen Gesichtspunkten ist da nichts anzufangen. Milliarden sind bereits ausgekehrt worden für die Hebung des Wohnungsbaues. Diese Summen sind aber durch die Entwicklung bereits überholt. Die 200 000 Wohnungen, die nach der im vorigen Jahre gemachten Aufstellung für 1922 bis 1923 notwendig seien und wofür 6 Milliarden aufgewendet werden sollten, reichen heute nicht mehr aus. Ueber diesem Gesetz waltet ein eigenartiges Mißgeschick. Das Gesetz kommt viel zu spät. Drei bis vier Monate sind verstrichen, und viele Bauvorhaben werden jetzt wieder eine Verzögerung erfahren. Gerade weil die Befastung der Mieter viel größer sein wird, als die Regierung annimmt, weil wir mit einer neuen Belastung bis zu 200 Prozent rechnen müssen, sind wir gezwungen, erst jetzt dafür einzutreten, daß die Belastung der Mieter und Steuerzahler in der Bau- und Wohnungsfrage volkswirtschaftlich und nützlichbringend agrandi und nicht verkleinert werden. Wir treten für das Gesetz ein, weil wir damit die Mieter zu schützen hoffen. Wir könnten uns die Sache ja auch leicht und bequem machen und sagen: Hier Reichstag, hier Regierung, sind unsere Vorschläge. Werden sie nicht angenommen, fällt die Verantwortung auf Euch. Allein mit dieser beque-

men Methode ist kein wirklicher Schutz für die Mieter geschaffen. Verschiedenen Herren bei den blüherlichen Vorlesungen, auch beim Zentrum, möchten wir aber sagen, daß ihre Kritik und ihr Verhalten in der Wohnungsfrage sehr stark an jenes bekannte Wort des übergläubigen Jungen erinnert, der da meinte: „Ganz recht, wenn meine Hände frieren, warum laßt ihr mich meine Hände nicht wärmen?“ Die Form der Abgabe erscheint uns unrationell. Es entsteht nun vor allem die Frage, ob bei der heutigen Lage und Organisation des Baugewerbes eine rationelle Verwendung der großen Mittel für den Wohnungsbau möglich ist. Es ist kein Zweifel, daß große Teile des Baugewerbes geradezu unter dem Zwang stehen, volkswirtschaftlich unproduktiv und unrationell zu bauen. Die Errichtungen der Stadt Frankfurt auf dem Gebiete des Wohnungswesens sprechen deutlich genug. Fast bei allen Bauarbeiten der Stadt Frankfurt war eine Uebersteuerung festzustellen. Die Steuergrößen waren aber bei diesem Bauen verschwunden. Es ist ja bekannt, daß Preise gemacht worden sind, die verteuern wirken. Reichsregierung und Länder haben Sorge zu tragen, daß der unwirtschaftlichen Produktionsweise im Baugewerbe entgegengetrieben und eine Senkung der Preise herbeigeführt wird. Aber wo bleibt dann das Kleingewerbe? Wir kennen diesen Hilferuf. Wir wollen nicht einmal im Urteil so weit gehen, wie das Silberstein in der Sozialisierungskommission getan hat. Er sagte: Was Perben will und muß, muß kanuit gehen, damit Neues und Besseres entstehen kann. Wir wissen, daß auch in der neuen Wirtschaft das Kleingewerbe seine Kräfte hervorbringen kann und wird, aber die rationellere Gestaltung des Baugewerbes darf nicht leiden. Dann ein Wort über den Baustoffhandel. Was sich heute zwischen den Baustoffproduzenten und -verbraucher drängt, ist ein Faktor, der zu 90 Prozent überflüssig und schädlich ist. Millionen und Abermillionen werden von dem überflüssigen Baustoffhandel verschlungen. Die ganze Baustoffproduktion ist heute indiziert. Diese Syndikalisierung hat nicht zu einer Verbilligung geführt, und neben den Syndikaten betätigen sich auch noch die Händler an der Jagd nach Gewinn, die den Wohnungsbau lähmt. Mit dem Bauholz wird ein für maliger Wucher getrieben. Die Ursachen der Syndikate bestehen vielfach lediglich nur darin, rückständige Werte vor der Schärfe des Konkurrenzkampfes zu sichern. Weil auch die rückständigen Werte noch einen möglichst hohen Profit einstecken wollen, wird die Notverordnung hinan gehalten. Das alles geht ausschließlich auf Kosten der Steuerzahler. Die prächtige Wohnraumfrage zu haben, kostet heute das 28fache gegenüber dem Frieden. Die Käufer der Baustoffe haben sich um das 28fache erhöht. Die Löhne lagern nur um das 16fache. Reichstag und Regierung müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß ökonomisch gearbeitet wird. Bei der Erörterung des Bauproblems darf nicht vergessen werden, daß die Zahl der Arbeitskräfte, die zur Verfügung stehen, schwer abzuschätzen ist. Der Krieg hat vor allem die Baugewerbetreibenden und Bauarbeiter dezimiert und den Nachwuchs für das Baugewerbe vereitelt. Die Paue des Baugewerbes brachte es mit sich, daß viele Bauarbeiter sich in einem anderen Berufe ein helles Fortkommen suchten. Die Bauarbeiter können nicht warten, bis der Reichstag die Mittel für den Wohnungsbau beschafft hat. Eine rationelle und ökonomische Gestaltung des Baugewerbes bringt es mit sich, daß die Art der Arbeiten je nach der Jahreszeit verteilt und vorzunehmen sind. Dann müssen auch die Bauarbeiter und Baugewerbetreibenden erhalten bleiben. Wenn wir von der Paue des deutschen Bauarbeiters sprechen, dann müssen wir auch einen Blick auf die Weltwirtschaft werfen. Der Krieg hat ganz Europa verwüstet und der Wiederaufbau Europas kann ohne den deutschen Bauarbeiter nicht bewerkstelligt werden. Die Leistungen des deutschen Bauarbeiters sind in der ganzen Welt bekannt. Er hat für diese Arbeitskraft nicht es keinen. Wir deutschen Bauarbeiter sind stolz darauf und fühlen uns verpflichtet, am Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. Wir rufen unsere französischen Arbeiter, daß sie sich von dem Gedanken befreien, als ob es eine Schande wäre, wenn deutsche Bauarbeiter die nordfranzösische Wüste wieder in ein Kulturland verwandeln. Der Parteifreund des Herrn Herzog, dessen Antrag wir ablehnen, sprach hier unflätiges Zeug über den Nachkommen. Das Baugewerbe war während des Krieges schlechter beschäftigt als irgendeine andere Industrie. Es genügt nicht, daß die Wohnungsgenossenschaften, die Siedlungsgenossenschaften und die großen Städte direkt zum Bau der Bauwerke übergehen. Sie müssen dabei die Unterstützung der Regierung finden. Im Interesse der Mieter und Steuerzahler eruchen wir Reichstag und Regierung, diesen Gedanken recht ernst zu nehmen und ernsthaft durchzuführen. Seine Vermittlung ist notwendig, wenn wir aus dem Wohnungselend herauskommen wollen. (Beifall bei den Soz. und links.)

Tremmel (Z.): Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde den Geldhecker auch nicht zur Herausgabe von Kapitalen zum Wohnungsbau bewegen. Das Gesetz, das vorliegt, bringt eine starke Belastung für den Mieter. Die Regierung hat deshalb die Pflicht, für die richtige Verwendung dieser aus der Mieterlast herausgehobenen Mittel zu sorgen. Einfamilienhäuser, Eigenheime, Wohnkassen und Gewerkschaftshäuser müssen gebaut werden. Das Geld hierfür darf nicht in die Taschen der Konsumulanten fließen. Wenn es sich um die Stillung des Wohnungswesens handelt, werden unsere Bauarbeiter lieber auch über eine längere Arbeitszeit mit sich reden lassen.

(Schluß des Reichstages hinter dem Leitartikel.)

„Ohne übermäßig schwarz zu sehen, wird man sagen können, daß bis Februar oder März nächsten Jahres alle Preise, sei es für Lebensmittel sei es für Kleider, Schuhe usw. ihren heutigen Stand verdoppelt haben werden.“

Und die Löhne? Schon heute reicht das Einkommen eines Arbeiters, Angestellten oder Beamten kaum aus, um die allernötigsten Ansprüche zu befriedigen. Alle Anschaffungen von Kleidern, Wäsche usw. sind immer und immer wieder auf eine bessere Zeit verschoben worden. Jetzt ist man aber so weit, daß es einfach nicht mehr geht, daß man dies und das ergänzen muß. Die Arbeiterkinder tragen die letzten Lumpen auf. Die Bettwäsche ist schon beinahe überall menschenunwürdig geworden. Und jetzt kommt wieder Preissteigerung über Preissteigerung.

Wieder wird der kämpfende Familienvater, die sorgende Hausfrau alle Neueinkäufe hinausschieben müssen auf das Frühjahr. Und dann auf den Sommer, und dann, und dann. Einmal muß es doch ein Ende haben; einmal werden die allerletzten Reize aus den letzten Schränken der Arbeiterhäuser verschwunden sein.“

Wörtlich sind diese Sätze nachzulesen im „Lübecker Volksboten“ vom 28. September des vergangenen Jahres. Von den verschiedensten Seiten wurden wir deshalb wegen grundloser Heerei beschimpft. Heute sei uns die Frage gestattet, ob wir damals wirklich zu schwarz gemalt haben, ob wir wirklich „gehetzt“ haben, wie es der „bessere“ Mann immer nennt, wenn jemand die Wahrheit zu sagen wagt? Wort für Wort könnte man unsere damalige Meinung heute wiederholen.

Und wir können auch das wiederholen, was wir im gleichen Artikel weiter unten niederschrieben: „So geht's nicht weiter, so kann es nicht weitergehen. Bis auf den letzten Pfennig werden dem Festbesoldeten die Steuern einbehalten; der Kapitalist aber, der nur die Hälfte seiner Steuern hinterzieht, ist ein hochanständiger Kerl. Die dadurch entstehenden Ausfälle im Staatshaushalt werden dann wieder den Arbeitern aufgehaßt in Form indirekter Steuern.“ (Die schwerste aller indirekten Steuern ist die steigende Geldentwertung; dadurch wird dem Lohnempfänger ein Teil seines Einkommens vom Munde weggestohlen. Außerdem gehören hierher die Erhöhung der Gaspreise usw.)

Aber jede Gutmütigkeit hat ihre Grenzen, und diese Grenze ist erreicht. Die nächsten Monate werden es erweisen müssen, ob der Besitz gewillt ist, sein Teil zu den Lasten Deutschlands beizutragen oder nicht. Ob er gewillt ist, dem Arbeiter das zukommen zu lassen, was er unbedingt haben muß, um ein Mensch zu bleiben. Wird das Kapital diesen guten Willen selbst aufbringen, so wird man Mittel und Wege suchen müssen, ihm diesen Willen beizubringen. Und dann könnte es sein, daß die Arbeiter nach dem Worte handeln würde, daß kein Arbeiter nötig hat zu hungern, so lange noch ein Millionär im Lande ist.

Dies alles wird eine Frage der Macht sein; und daß die einige und entschlossene arbeitende Bevölkerung die Macht hat, sich durchzusetzen, wird doch niemand bestreiten wollen. Es kommt nur darauf an, daß sie die Macht anzuwenden weiß. Durch Lauheit und Gutmütigkeit ist in der Welt noch nie etwas erreicht worden.“

Gilt das damals Gesagte nicht Wort für Wort noch für den heutigen Tag? Alle Versuche, auf dem Wege gütlicher Vereinbarung das Kapital zu Steuern zu überreden, sind gescheitert; und damit sind hoffentlich auch die letzten Illusionen auf die erträgliche Mitwirkung der Kapitalisten und ihrer Parteien an der Lösung der Steuerfragen im Reiche endgültig verfliegen. Es ist so gekommen, wie es kommen mußte; wir stehen heute noch da, wo wir vor Gorki auch schon gewesen sind.

Im „Vorwärts“ schneidet Scheidemann die Frage eventueller Reichstagsneuwahlen mit der Parole: „Steuern auf den Besitz“ an. Der „Vorwärts“ selbst nimmt diesen Gedanken nur zögernd auf; aber auch er muß zugeben, daß vielleicht keine andere Möglichkeit besteht, dem Besitz die Geldsummen abzutrotzen, die Deutschland braucht, um zu leben.

So steigt ein neuer Kampf am Horizont auf; der entscheidendste seit dem 9. November. Es wird ums Ganze gehen. Möge sich die Arbeiterschaft rechtzeitig auf Kampf einstellen. Nicht nur ein Kampf um die politische Vorherrschaft wird das sein, sondern es wird um das nackte Leben gehen, um den Magen und die Zukunft der Arbeiterkinder. Jeder Arbeiter muß sich das heute schon klar machen; er muß jetzt schon seine proletarische Pflicht tun, im Betrieb, im Hause, überall.

Und auch die Arbeiterfrau muß entschlossen eintreten in den Kampf für das Recht; sie muß viel mehr als bisher in der Gemeinschaft des denkenden und leidenden Proletariats mitkämpfen. Sie ist das ihren Kindern schuldig und sich selbst — als Mutter.

## Deutscher Reichstag.

Schluß.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt den Bau von Wohnungen für kinderreiche Familien. Es ist mit der Gewährung von Baukostenzuschüssen an Wohnheime einverstanden.

Ruhst (USP): Das Wohnungsabgabegesetz ist nur Stückwerk. Den Bauvereinigungen danken wir für ihre soziale Arbeit. Wir sind gegen dieses Gesetz, weil es unförmlich ist als das Einkommensteuergesetz. Wir wollen das ganze Wohnungswesen auf dem Grundsatze der Gemeinwirtschaft aufbauen. In Berlin fehlen Tausende von Wohnungen; gebaut wird so gut wie nicht, doch sind in den letzten Monaten über 500 Vorkosten eingeleistet worden.

Hendemann (Komm.) lehnt das Gesetz ab. Pahz (DDP.) wünscht, daß an der Vorlage, wie sie aus dem Ausschussbericht hervorgeht, nichts geändert wird.

Faub (Komm. B.) betont, der private Baubetrieb habe seine Pflicht erfüllt und die sozialen Baubetriebe sollten daher nicht herabgesetzt werden.

Teuber (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Diese Abgabe erinnere an die Steuern in Frankreich vor der großen Revolution. Da verfielen die Finanzminister auf die Fenstersteuer, was zur Folge hatte, daß die Armen in fensterlosen Höhlen wohnen mußten.

Die Beratung wird abgebrochen. Das Haus verläßt sich auf Sonnabend, 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 7 Uhr.

## Kommunistische Arbeitsgemeinschaft und U.G.P.

SPD. Berlin, 17. Februar.

In Berlin hat am letzten Freitag zwischen den Vorständen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft eine Besprechung stattgefunden, deren Gegenstand die beschlossene Vereinigung dieser beiden Gruppen bildete. Im Laufe der nächsten Woche wird sich der Parteirat der USP mit der Angelegenheit beschäftigen und dann wird man wohl endgültig erfahren, ob etwas daraus wird oder nicht.

Bisher bestehen, wie wir hören, die Differenzen darin, daß die kommunistische Arbeitsgemeinschaft die Übernahme ihres gesamten toten und lebenden Inventars auf die USP wünscht, während die Unabhängigen oder wenigstens ein Teil von ihnen, sehr heftige Einwände dagegen geltend machen, daß sie den bürokratischen Mittelüberstand der KAG in Kauf und Bogen übernehmen sollen. Man möchte das nicht, sondern man möchte sich lieber die Leute, die man annehmen will, einzeln aussuchen. Wahrscheinlich wird die Frage so geregelt werden, daß die Aufnahmebedürftigen kommunistischen Arbeitsgemeinschaftler sich an die Unabhängigen Bezirksorganisationen wenden müssen, in deren Gebiet sie wohnen. Die Bezirksorganisationen sollen dann die Aufnahmeprüfung prüfen und über sie entscheiden. In sehr ehrenvollen Formen würde sich dann die Vereinigung für die kommunistische Arbeitsgemeinschaft nicht vollziehen. Und so begreift man, daß nicht bloß sie eine etwas weniger blamable Prozedur wünscht, sondern daß sich auch die USP-Linke mit ihren Wünschen vereinigt.

Die kommunistischen Arbeitsgemeinschaftler, die jetzt ihren Eintritt oder Wiedereintritt in die USP vollziehen wollen, sind dieselben, die vor fünfzig Jahren auf dem Parteitag in Halle unter Führung des russischen Bolschewik Sinowjew die Partei der Unabhängigen in Trümmer lösten und einer raschen Verfall der übrig gebliebenen Parteireste herbeiführten. Es ist also sehr wohl zu bezweifeln, daß diese Unabhängigen eine sehr geringe Reue verspüren, diese Leute nun wieder als ihre Brüder und Kameraden zu behandeln. Auch für uns Sozialdemokraten hat es eine Zeit gegeben, in der den meisten von uns der Gedanke der Wiederaufnahme der Unabhängigen in unsere Partei höchst unpopulär war. Damals standen wir den Unabhängigen mit genau demselben Gefühl gegenüber, mit dem jetzt die meisten von ihnen den kommunistischen Arbeitsgemeinschaftlern gegenüberstehen. Wir haben in ihnen die Zerstörer unserer Partei. Glücklicherweise ist dieses Zerstörungswerk aber vorbeiliegen. Die Zerstörer haben einen viel geringeren Schaden angerichtet, als sie wollten. Unsere Partei steht hart, einig und geschlossen da und selbst die meisten Unabhängigen begreifen heute schon, daß das die letzte Hoffnung der Arbeiterbewegung und das größte Glück für sie bedeutet. Darum sind die leidenschaftlichen Stimmungen, die früher in unserer Partei gegenüber den Unabhängigen herrschten, jetzt sehr stark im Abflauen.

Zwischen USP und KAG ist es ganz anders. Denn das, was den Unabhängigen an uns mißfallen ist, das ist den kommunistischen Arbeitsgemeinschaftlern an der USP glänzend gelungen. Noch im Sommer 1920 schien die USP hart und hoffnungslos. Der Schlag von Halle traf sie aber so schwer, daß ihr Leben seitdem nur noch einem langsamen Absterben gleicht. Wenn sich die USP mit der KAG vereinigt, dann vereinigt sie sich tatsächlich mit ihren Rädern.

Wird die Vereinigung auf die frange Partei lebensverlängernd oder lebensverfügend wirken? Diese Frage ist schwer zu entscheiden, aber der zweite Fall ist wahrscheinlicher, als der erste. Die KAG bringt nichts herüber, als ein paar Offiziere ohne Mannschaften, nebensächliche Teile der kommunistischen Partei haben nicht hinter ihr und die kommunistische Partei selbst ist bekanntlich niemals groß geworden und leidet an der Schwundkrankheit. Die KAG verliert über keine Geldmittel, sie hat keine Parteiblätter, sie kann der USP nichts bieten, als eine Bekämpfung ihrer Reichstagsfraktion auf 78 von 61 Mann.

Allerdings, wenn die Aufnahme durch die Bezirksorganisationen erfolgen sollte, ergäbe sich da eine Schwierigkeit. Denn möchte die Fraktion der Unabhängigen diejenigen Abgeordneten der KAG, die in ihren Bezirken Gläubige bei den USP-Organisationen finden, aufnehmen und die anderen drängen lassen. Man kann zweifelhaft sein, ob dies die richtige Methode zur Ausbeutung der Beiden ist.

Unter den Reichstagsmitgliedern der KAG ist Dr. Paul Levi die weitaus bedeutendste. Levi ist ein junger Stuttgarter Rechtsanwalt, der vor dem Kriege unserer Partei angehörte, zur radikalen Linken wandte und dann während des Krieges den Weg mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ging. Er ist ein kühner, gebildeter Mann, vorzüglicher Schriftsteller und tüchtiger Redner. Ueber seinen Charakter geben die Urteile weit auseinander. Er ist schon im Juni 1920 als Kommunist in den Reichstag gewählt worden, also für die Unabhängigen kein Überläufer wie die 14 anderen.

Unter den 14 anderen ist Graf Däumig die wichtigste Persönlichkeit. Er ist ein Mann mit jähem Willen und der Regierung mit dem Kopf durch die Wand zu geben. Aber sein Gehirnteil ist beständig, kein Stolz in keine Verlogenheit mit den Militärschleichen, mit denen sich aber heutzutage weder nach außen noch nach innen etwas rechtes anfangen läßt. Däumig kommt her aus dem Kreis der Sozialdemokraten. Er ist ein Mann, der alle Kräfte hat und kein Sozialdemokrat. Er ist ein Mann, der alle Kräfte hat und kein Sozialdemokrat. Er ist ein Mann, der alle Kräfte hat und kein Sozialdemokrat.

Kadauwerker bemerkbar gemacht haben, die aber vielleicht noch etwas lernen können. Bei dieser Gelegenheit sei nebenbei bemerkt, daß es gar keine eifrigen Parlamentarier gibt, als die 26 Kommunisten beider Richtungen, diese theoretischen Verächter des „parlamentarischen Kreinismus“. Keine Partei bringt es fertig, bei jeder Gelegenheit so lange Neben zu halten, wie sie. Die Sitzungen des Reichstags bestehen jetzt oft nur aus kommunistischen Rednern, bei denen 5 bis 7 Hörer im Saale anwesend sind und die wirklichen parlamentarischen Geschäfte werden in dem bisherigen Zeit, das die kommunistischen Langredner noch übrig lassen, amüschend durch rasch erledigt.

Diese Langredner sind für die USP keine wertvolle Erwerbung und auch der alte Adolf Hoffmann mit seinen abgeklapperten Späßen — wir hätten ihn wirklich beinahe vergessen — ist keine Erwerbung von überwältigendem Wert.

Man kann also der USP, aus der denotwendigen Vereinigung mit der KAG wenig Gutes prophezeien. Wahrscheinlich wird jetzt eine Entwicklung eintreten, die die paar vernünftigen Leute, die es im Lager der USP, noch gibt, endgültig aus ihm her austreibt.

## Das Kabinett Bonomi schon wieder gestürzt.

Rom, 18. Februar.

Bei der Abstimmung gestern abend in der Kammer ist das Kabinett Bonomi in der Minderheit geblieben. Für das Vertrauensvotum stimmten nur 107 Abgeordnete, gegen das Kabinett stimmten 295 Abgeordnete. Bonomi hat daraufhin abermals dem König die Demission des Kabinetts überreicht.

## Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 18. Februar.

Nach einer bewegten Kammerdebatte über Petersdorf, in der der französische Ministerpräsident mit neuen Sanktionen gegen Deutschland drohte, erhielt Poincaré ein Vertrauensvotum.

## Die französischen Bedingungen für Rußland.

Paris, 18. Februar.

Die parlamentarische Gruppe zur Verteidigung der französischen Interessen in Rußland, die unter dem Vorsitz des Abg. Chélic steht, hat eine Entschließung angenommen, in der folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland gestellt sind:

1. Ausdrückliche Anerkennung aller von den früheren Regierungen eingegangenen Verpflichtungen.
2. Wiederherstellung der geschädigten französischen Güter, Rechte und Interessen, welcher Art sie auch immer sein mögen, oder aber Entschädigungen für die erlittenen Verluste.
3. Wiederherstellung der Eigentumsrechte, der persönlichen Freiheiten und der juristischen Bürgschaften, ohne die jedes Wirtschaftsleben unmöglich ist.
4. Bestimmte Bürgschaften für die Ausführung dieser Bedingungen.

## Die Entlassung des französischen Jahrganges 1920.

Paris, 17. Februar.

Die Vorbereitungen für die Entlassung der ersten Gruppe der im Jahre 1920 einberufenen Soldaten werden am 1. März beginnen und am 4. März abgeschlossen sein.

## Trennung von Kirche und Staat in der Tscheko-Slowakei.

Prag, 18. Februar.

Das Parlament hat mit einer kurzen Sitzung gestern die Winter Session geschlossen. Die nächste Session soll in sechs Wochen eröffnet werden. Ueber das Arbeitsprogramm sind Verhandlungen zwischen der Regierung und den Reichsparteien im Gange. Als wichtigste politische Vorlage erhebt ein Gesetzentwurf über die Trennung der Kirche vom Staat, worüber noch Verhandlungen mit dem Vatikan schweben. Ferner eine Neuordnung der Agrarpolitik. Es gilt als sicher, daß die gegenwärtige Regierung in unveränderter Zusammenfassung Ende März dem Parlament wieder gegenübertritt wird.

## Beneš mahnt zur Vorsicht gegenüber Rußland.

Prag, 18. Februar.

Wie aus London gemeldet wird, soll zwischen Dr. Beneš und den englischen Kabinettsmitgliedern auch das Verhalten der Entente gegen Deutschland und Sowjet-Rußland erörtert worden sein. Es heißt, Beneš sei der Ansicht, daß die Deutschland betreffenden sozialen Fragen im Zusammenhang mit der gleichzeitigen definitiven Regelung des Reparationsproblems in allen Einzelheiten in Genua erörtert und einer befriedigenden Lösung zugeführt werden könne, daß jedoch bezüglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland, schon wegen der Unmöglichkeit dort rasch vorzugehen, weit bedächtiger verfahren werden müsse.

## Deutsche Gewerkschaftsführer in Genf.

Genf, 18. Februar.

Die deutschen Gewerkschaftsführer Grafmann, 2. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Kaiser sind zur Teilnahme an den Verhandlungen der 7. Kommission über die Arbeitgeber- und Arbeiterverbände Oberösterreichs in Genf eingetroffen.

## Deutsch-russische Verhandlungen.

Berlin, 17. Februar.

Zwischen Vertretern der deutschen Regierung und den Vertretern der Sowjetregierung, Krassin, Radek und Stomanjakoff, fanden in den letzten Tagen Verhandlungen statt, an die sich Besprechungen von Vertretern der deutschen Industrie mit den drei Rufen angeschlossen. Die Verhandlungen galten nicht, wie der Kopenhagener Vertreter des Internationalen wissen wollte, einem gemeinsamen Vorgehen während der Konferenz von Genua, sondern der künftigen Erziehung Rußlands und verließen zur beiderseitigen Zufriedenheit, wenn auch ein abgeklärtes Ergebnis bei diesen kurzen ersten Besprechungen naturgemäß nicht erzielt werden konnte. Doch haben beide Parteien, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, die Ansicht auf eine Verständigung festgestellt, und die deutschen Unterabnehmer sind der Auffassung, daß ein gutes Stück Weg zum Erfolge zurückgelegt ist.

Krassin verläßt heute Berlin, um sich nach Moskau zurückzugeben, wo er der Sowjetregierung über seine Eindrücke

seiner letzten Londoner und Berliner Verhandlungen Bericht erstatten wird. Mit ihm zusammen reisen auch Radek und der Chef der Sowjethandelsmission in Berlin, Stomanjakoff, die ebenfalls an den Berliner Verhandlungen beteiligt gewesen waren.

## Die Reichsgewerkschaft und die Maßregelungen.

Berlin, 18. Februar.

Die gestrigen Verhandlungen des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft haben noch zu keinem Beschluß geführt. Eine Abordnung wurde zum Reichskanzler entsandt, um wegen der Disziplinierungen vorlesig zu werden. Die Abordnung wurde von einem Staatssekretär empfangen, jedoch soll sich später der Reichskanzler selbst an der Unterredung beteiligt haben. Das Ergebnis dieser Unterredung wird geheim gehalten. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft erklärt, daß alle Gerüchte von neuen Streikabsichten der Reichsgewerkschaft frei erfunden seien und daß man nicht gegen die Statuten verstoßen werde.

## Der Devisenmarkt.

Berlin, 18. Februar.

Der Devisenmarkt zeigte gegen Ende der Woche lebhafteres Geschäft. Der Getreidegroßhandel und die Industrie haben erheblichen Devisenbedarf zu deuten. Infolgedessen zogen am Freitag die Kurse bereits wieder merklich an. Amtlich notierten: Kabel New York 204½, London 887½, Holland 7590. An der Effektenbörse dauerte die Haufe in oberhalbigen Werten, gemischten Papieren und an den Anteilen des Stinneskonzerns an. Neuerdings zeigt sich besonders starkes Interesse auch für A. G. C.-Aktien und für den Bing-Konzern.

## Frankreich und Rußland.

Wir können die Befürchtungen, die ein Teil der deutschen Presse an die Nachricht von dem Abschluß eines russisch-französischen Vorabkommens knüpft, nicht teilen. Es ist bekannt, daß Frankreich für die Konferenz von Genua einen möglichst großen Block getreuer Vasallenstaaten sucht. Es rechnet mit der Gefolgschaft der Kleinen Entente und bemüht sich seit einiger Zeit um die Baltischen Randstaaten und Sowjetrußland, indem es ihnen als Köder Ansprüche auf deutsche Reparationen in Aussicht stellt. Möglich, daß Frankreich darüber hinaus im Auge hat, über Kleinasien und Rußland einen gewissen Druck auf England auszuüben und auch auf diesem Wege sein gegen Deutschland gerichtetes Programm durchzuführen. Ebenso verständlich ist es, wenn Sowjetrußland diese Gelegenheit benützt, um sich durch ein Zweifrontenspiel in Genua Luft zu verschaffen. In Kleinasien reichen sich die beiden Militärmächte Europas die Hand. Soweit ist also ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Rußland nicht unwahrscheinlich und Radeks französischfreundlicher Redefeldzug, dem gegenüber der klügere und diplomatischere Krassin recht zurückhaltend ist, wenn er auch Frankreich einige artige Verbeugungen macht, ist nur die folgerichtige Ausstrahlung dieser Politik.

Anders verhält es sich mit dem angeblich zum Abschluß gelangten Abkommen zwischen Frankreich und Rußland, das in der Form, wie es veröffentlicht wurde, eine politische Kinderei genannt werden muß. Danach würde Rußland sich verpflichten, „seine im Versailler Friedensvertrag von der übrigen Entente ihm zugesicherten Rechte auf Wiederherstellungsfonds (Reparationen)“ an Frankreich abzutreten, während Frankreich dafür als Gegenleistung Rußland für 800 Millionen Goldfranken Sachleistungen aus Deutschland garantiert. Weiter hat Rußland im Grundsatz die Berechtigung der französischen Forderung auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken anzuerkennen. Rußland würde also Frankreich für ein Insegericht von 800 Millionen Milliardenansprüche in den Kassen werfen. Ein vortreffliches Geschäft! Doch ganz abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit, besagt Artikel 116 des Versailler Vertrages: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen.“ Es bedürfte also zunächst einmal einer einheitlichen Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte, um die Ansprüche Rußlands wirksam werden zu lassen. Glaubt man in Paris, glaubt man in Moskau ernstlich, daß London und Washington Ja sagen werden, um den lieben Kindern an der Seine und an der Moskwa ihr Zerstückelungshandwerk zu erleichtern? Glaubt man ernstlich, daß Deutschland auch nur im entferntesten daran denkt, neue Milliardenlasten auf sich zu nehmen, nachdem das mit Vernunft begabte Ausland eingesehen hat, daß die bisherigen Milliardenlasten genügen, um Deutschland und den Weltmarkt in die furchterlichste Verwirrung zu bringen?

Die taktisch geschickten Auslassungen eines Radek, den man im übrigen nie allzu ernst genommen hat, konnte man als die Rettungsversuche eines unentwegten Kurkommunisten in einer für Rußland nicht ganz einfachen Situation verstehen. Der russisch-französischer Vertrag dagegen muß die Sowjetregierung dem Gelächter der Welt ausliefern, es sei denn, daß man im Kreml Angst vor dem eigenen Mut bekommen und die Macht dem Flügel ausgeliefert hat, der in der Vernichtung der Menschheit die heiligste Pflicht des Menschen erblickt.

Wie der Vertreter des Ost-Express von unterrichteter Seite erfährt, besteht innerhalb der maßgebenden Sowjetkreise tatsächlich ein Gegensatz in bezug auf die Stellungnahme zur Konferenz von Genua. Einer der Hauptführer der radikalen kommunistischen Opposition, Larin, ist in Petersburg eingetroffen, um einen Zusammenschluß der oppositionellen Elemente der Partei zu betreiben. Allerdings sind diejenigen Elemente, die eine Beteiligung Rußlands ablehnen und die Konferenz als Bluff bezeichnen, in der Minderheit. Diese Gruppe, der auch Sinowjew angehört, vertritt den Standpunkt, daß die Sowjetregierung nötigenfalls unverzüglich bleiben müsse, und wirkt in der Presse für den Gedanken, die Genueiser Konferenz zu einer Propagandatribüne des Weltkommunismus zu machen. Die Vorbereitungen zur Konferenz von Genua liegen indessen in den Händen der praktisch-wirtschaftlich orientierten Kommunisten. Die vorwiegende Ansicht in Regierungskreisen geht dahin, daß ein

internationales Syndikat zum Wiederaufbau Rußlands zweifellos eine Gefahr bedeuten würde, wenn dieses sich auf einen Verband der Großmächte stützen und von der Genuefer Konferenz offiziell sanktioniert würde; auch dürfte ein solches Syndikat keinesfalls die Möglichkeit gesonderter Verträge mit einzelnen Staaten und einzelnen Finanzgruppen verschiedener Länder ausschließen.

Das Publikationsorgan der Sowjetregierung „Iswestija“ gibt einer etwas wirren Zuschrift Raum, die Rußlands Anrecht auf Reparationen seitens Deutschland mit einer Revision des Versailler Vertrages vereinigen möchte und einen Teil dieses Reparationsfonds an das deutsche Proletariat zur Förderung des Klassenkampfes abführen möchte, und bemerkt dazu, sie könne sich bei weitem nicht mit allen Ausführungen des Verfassers einverstanden erklären.

### Die Frage der gleitenden Lohn- und Gehaltskala

wurde am Donnerstag im Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten mit den verschiedenen Spitzenorganisationen besprochen. Ein Vertreter des Reichsstädtebundes befrwortete den Vorschlag, das System der gleitenden Skala mit dem jetzt bestehenden Besoldungssystem zu verbinden. Die Bestimmung der Indeziffer ist sehr schwierig. Bei der zentralen Feststellung für das ganze Reich ist der Index für wirtschaftlich zusammengehörnde Bezirke vorzuziehen. Die gleitende Lohn- und Gehaltskala kann wohl eine gewisse Ruhe und Stabilität, wenigstens für geraume Zeit, schaffen.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Kommunalverbände und des Deutschen Städtetages hielt eine eingehende Nachprüfung über die Frage des Existenzminimums für notwendig. Durch die Kurzfristigkeit der Lohnverträge befindet man sich bereits auf dem Wege zur gleitenden Lohnskala. Wohl ist die Lösung denkbar, daß man den ganzen Apparat in Bewegung setzt und die besondere Regelung den Bezirken überläßt. Ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, die gewerkschaftlichen Organisationen würden seiner Meinung nach nicht gegen die Einführung einer gleitenden Lohnskala sein, aber mit solchem Verfahren seien auch Nachteile verknüpft, besonders in der Berücksichtigung der verschiedenen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine Regelung beeinträchtigen. Den unteren und mittleren Besoldungsgruppen muß in erster Linie durch eine Regelung des Grundgehaltes geholfen werden. Ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände (Afa) behält sich namens seiner Organisation die endgültige Stellungnahme vor. Die Besoldungsordnung ist antisozial und reaktionär, weil sie die Mitbestimmung der Angestellten einschränkt. An ihre Stelle muß der Tarifvertrag treten. Das Existenzminimum muß nicht nur nach den Wärmekalorien, sondern nach den sozialen Bedürfnissen berechnet werden. Eine gesetzliche Feststellung ist wohl wünschenswert. Voraussetzung für den Erfolg ist aber die Schaffung volkswirtschaftlicher Werte. Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Beamten hält die Schaffung eines Existenzminimums und die gleitende Lohnskala sowohl theoretisch wie praktisch für lösbar. Die bisher festgelegten Indeziffern sind unzuverlässig. Die Revision der Grundgehälter muß spätestens bis zum 1. April geregelt sein. Ein Vertreter des Gewerkschaftsrings führte aus, daß die Preisentwicklung der Lohnentwicklung um ein

großes Stück voraus sei. Ein Vertreter des Deutschen Beamtenbundes hält die Revision der Grundgehälter für die primäre Aufgabe. Ein Vertreter des Reichsbundes höherer Beamter führte aus, daß das bisherige Besoldungssystem durch das Scheitern der Besoldungsaktion widerlegt ist. Reichsgerichtsrat Zeiler: Der Grundgedanke einer selbsttätigen Anpassung der Beamtengehälter an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ist der, daß der Beamte an diesem in dem Maße des Volkswirtschaftlichen und des Durchschnittseinkommens teilnimmt. Die Anpassung muß monatlich geschehen und ebenso für das Steigen wie für das Sinken der Teuerungszahlen gelten. Sachverständiger Dr. Kuzynski widerspricht der Auffassung, daß sich das Existenzminimum nicht errechnen lasse. Das Wesen der gleitenden Lohnskala ist von den Vorrednern nicht immer richtig aufgefaßt worden. Professor Dr. Silbergleit will an die Stelle des Beschlusses des Existenzminimums die Existenznorm setzen. Dr. Böhrer vertritt die Zentralisierung der Indeziffern und die monatliche Regelung. Vorsitzender Abgeordneter Degler (DVP.) faßt alle Gutachten dahin zusammen, daß sich keiner der Redner gegen die gleitende Lohnskala ausgesprochen hat. Nur bestanden teilweise Bedenken über ihre Ausführung.

### Noch ein Freikorpsmord.

Vom Landesarbeitserrat Oldenburg wird uns mitgeteilt: Das frühere Freikorps Schulz, das anlässlich der Märzunruhen 1920 im Ruhrgebiet tätig war und später nach Oldenburg verlegt wurde, soll sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht haben. Zwei Angehörige dieses Regiments, die Gefreiten Richard Müller und Hans Kronen von der 9. Kompanie des jetzigen Reichswehr-Regiments 110, uns bisher vollständig unbekannt Personen, sind unaufgefordert im Bureau des Landesarbeitsrates erschienen und haben in Gegenwart von Zeugen angegeben, daß nach Niederwerfung der Roten Armee ein Spieß des Freikorps Schulz gemeldet habe, der 20jährige Arbeiter August Klumig aus Gelfentirchen sei Kompanieführer bei der Roten Armee gewesen. Klumig ist dann von einem Angehörigen des Freikorps Schulz herbeigeschafft und ohne Verhör außerhalb des Ortes Hamborn erschossen worden. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, hat der Witzfeldweibel Moeckmann, früher in der 6. Kompanie des Freikorps Schulz (jetzt entlassen), dem Klumig mit einer Revolverkugel den letzten Rest gegeben. Die obengenannten Gefreiten haben dem Getöteten die Papiere abgenommen und bei uns abgegeben. Wir haben an der Hand dieser Papiere die Eltern des Klumig ausfindig gemacht und uns an diese gewandt. Am 4. Oktober 1920 wußten sie noch nichts von dem Tode ihres Sohnes. Auch am 21. Januar 1922 wissen die Eltern nichts über den Verbleib ihres Sohnes. Der Landesarbeitsrat für den Freistaat Oldenburg hat sich am 27. September 1920 an die Staatsanwaltschaft in Duisburg gewandt, ihr das Material unterbreite, doch scheint bis heute in der Angelegenheit nichts geschehen zu sein, denn auch die Eltern des Klumig haben von der Staatsanwaltschaft keinerlei Mitteilung erhalten. Eine Beschwerde des Landesarbeitsrates an den Herrn Reichsjustizminister vom 18. Januar d. J. ist von diesem zurückgehaltener als den preußischen Justizminister weitergegeben. Es darf nunmehr wohl erwartet werden, daß etwas mehr Licht in diese dunkle Affäre hineinkommt.

wird, daß Industrie und Handel die im Export erzielten Beträge im Ausland festlegen und damit die Gutachten des deutschen Handels und der Industrie im Ausland in einem Riesenumfang anwachsen. Daß diese Beträge deutschen Vermögens nicht voll kommen von der Besteuerung erfaßt werden, ist sehr naheliegend und mit der Grund, weshalb man im Ausland diese großen Vermögen festlegt. Deshalb auch die Aufregung, daß die Devisen an die Reichsbank abgeliefert werden sollen. Was unserem Standpunkt aus muß mit aller Entschiedenheit jeder Versuch, in der Außenhandelskontrolle eine Lockerung eintreten zu lassen, bekämpft werden. Eine Planlosigkeit auf diesem Gebiet, die nur der wilden Spekulation Vorwanddienste leisten würde, fügt der deutschen Volkswirtschaft schwere Nachteile zu. Nur noch knapelloser würde die Jagd nach Gewinnen einsetzen.

Die russische Regierung bemüht sich mit viel Eifer, die Handelsbeziehungen zum Ausland in Gang zu bringen. Sie findet dabei unter Zurückstellung aller politischen Vorurteile bei den internationalen kapitalistischen Interessengruppen ein weitgehendes Einverständnis, daß allerdings bemessen wird nach der Aussicht des Erfolges, der dem ausländischen Kapital bei der Beteiligung an russischen Unternehmungen erblühen kann. Wie immer zeigt sich der Kapitalismus von der Seite, daß ihm politische Anschauungen kein Hindernis sind, wenn er nur zu seinem Nutzen kommt. Gegen diesen Standpunkt wird sich im Interesse der Behebung der Handelsbeziehungen nichts einwenden lassen. Auch dem Standpunkt der Arbeiterklasse aus sind wir interessiert daran, daß Handel und Verkehr mit dem Osten wieder in Gang kommt.

Wie berichtet wird, hat der Konzern der deutschen Exporteure, die allgemeine Handelsgesellschaft, dem Zentralverband für Genossenschaftswesen in Moskau einen Kredit von 2/3 Milliarden Mark für Warenbestellungen in Deutschland gewährt. Die geschäftlichen Beziehungen sollen so geregelt werden, daß die Abtragung des Kredits durch Lieferung von Rohstoffen erfolgen soll. Die Preisberechnung wird geprüft von einem Schiedsgericht, das in Hamburg eingeleitet wird. Ergibt sich, daß das Unternehmen floriert, so soll dieser Kredit später auf 1 Milliarde Mark erhöht werden.

Der Rat der Volkskommissare in Rußland hat den Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen sowohl für die Genossenschaften wie auch für den Handel freigegeben. Er verläßt damit die bisher strenge Zentralisierung des Handels, um auf einem sehr wichtigen Gebiet den freien Verkehr seinen Lauf zu lassen. Allerdings ist die Bedingung in der Verordnung eingeflochten, daß das Volkskommissariat unter Umständen die eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Ausrüstungsgegenstände beschlagnahmen kann, natürlich unter Entschädigung für die Handelsfirmen, die die Waren eingeführt haben.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht bereits die Ergebnisse der deutschen Viehzählung vom 1. Dezember 1921. Das Gesamtergebnis ist verhältnismäßig günstig insofern, als die Viehbestände durchweg nicht abgenommen haben, sondern eine, wenn auch geringe, Zunahme aufweisen. Das ist umso höher einzuschätzen, als bei dem großen Futtermangel mehr Vieh zur Abblähung gebracht wird, als unter normalen Verhältnissen. Nach der Statistik ist der Bestand an Rindvieh im Vergleich zum 1. Dezember 1920 gestiegen von 16.896.791 auf 16.899.558. Der Bestand an Schweinen ist in demselben Zeitraum aufwärts gegangen von 14.179.163 auf 15.575.836. Der Pferdebestand weist eine Zunahme von rund 100.000 auf. Das Ergebnis der Viehzählung läßt erkennen, wie unsere Landwirtschaft trotz der ungünstigen Futterernte doch die Viehbestände auf gleicher Höhe gehalten hat. Allerdings wird in der Folgezeit das Fehlen der Einfuhr russischer Futtermittel die Viehzucht behindern und die Erreichung einer Viehstärkung, wie sie vor dem Kriege bestand, wird noch lange auf sich warten lassen. Deutschland ist leider nicht in der Lage, für eine Viehhaltung, wie sie die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege aufzuweisen hatte, die nötigen Futtermittel aufzubringen.

Für die Ernährung des deutschen Volkes wird für die Zukunft von Bedeutung sein, ob es der heimischen Landwirtschaft gelingt, die Produktion an Körnern und Kartoffeln so zu erhöhen, daß wir die sehr erhebliche Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland ersparen können. Das wird abhängig sein davon, ob die deutsche Landwirtschaft zur größeren Anwendung zweckdienlicher Düngemittel übergeht und durch eine intensive Bewirtschaftung die Höhe der Produktion erreicht, die notwendig ist. Aber hier sind die Hindernisse so groß, daß die Lösung dieser Frage noch in weite Ferne gerückt ist.

### Viehmärkte.

S a m b u r g, 17. Februar.  
Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird uns mitgeteilt:  
**Schweinemarkt.**  
Preis für 100 Pfund Lebendgewicht  
beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund . . . 1850-1950 Mk.  
mittelschwere Ware, über 220 Pfund . . . 1700-1800 „  
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund . . . 1600-1700 „  
geringere Ware . . . 1350-1550 „  
beste Sauen . . . 1700-1800 „  
geringere Sauen . . . 1400-1550 „  
Marktaufuhr: 3172 Schweine Der Handel verlief bei geringem Auftrieb recht lebhaft. Beste schwere Ware war gesucht.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 17. Februar.  
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	17. Febr.	16. Febr.
Amsterdam	100 fl.	7582.40
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1698.80
Kristiania	100 Kr.	3481.50
Kopenhagen	100 Kr.	4225.75
Stockholm	100 Kr.	5354.00
Helsingfors	100 finn. Mk.	402.05
Rom	100 Lire	992.-
London	1 £	886.60
New York	1 Doll.	204.29
Paris	100 Frs.	1793.20
Zürich	100 Frs.	4105.95
Madrid	100 Pesetas	3221.75
Wien	100 K.	5.88
Budapest	100 K.	31.16
Prag	100 K.	382.60

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freizitat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Parier und Gewerkschaften August Schulz; für Interakt Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

# Volkswirtschaft.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die wirtschaftlichen Schäden des Eisenbahnstreiks. — Der Exporthandel gegen die Außenhandelskontrolle. — Die russischen Handelsbeziehungen. — Die Resultate der Viehzählung. — Die Aussichten für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die deutsche Volkswirtschaft hat unter dem Druck des Eisenbahnstreiks schweren Schaden gelitten. Schon unter normalen Zeiten ist die Einstellung des Güterverkehrs für einen höchstwidrigen Industriestaat ein seine Grundfesten erschütternder Angriff, der in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche geradezu verheerend wirken muß. Wie bekannt, war im Winter unsere Kohlenversorgung infolge des überlasteten Güterverkehrs fast ins Stocken geraten. Wir waren nicht einmal in der Lage, die geförderte Kohlenmenge der Industrie und den sonstigen Verbrauchern zuzuführen. Der Bergbau gab mehr, als die Eisenbahn bewältigen konnte. Bestände in nennenswertem Umfang waren im Lande nirgend angehäuft, so daß der Streit unmittelbar beim Einsetzen unser gesamten Wirtschaftsleben in arge Bedrängnis brachte. Die Wirkung einer solchen Störung richtet sich nicht zuletzt gegen die Arbeiterklasse selbst. In Süddeutschland, wo insbesondere die mangelhafte Kohlenversorgung schon vor dem Streit zu Einstellung der Betriebe nötigte, ist der Umfang der Betriebs-einstellungen sehr schnell gemessen. Auch wo relativ bessere Kohlenversorgung vorhanden war, stellte sich sehr bald eine Unterbrechung der Betriebe ein. Betriebseinstellungen bedeuten Arbeitslosigkeit, und in der gegenwärtigen Zeit, wo wir noch eine ganz leidliche Konjunktur verzeichnen, ist die Zurückschraubung der Ausnutzung der Geschäftslage in höchstem Maße zu bedauern.

Aber nicht nur in der Kohlenversorgung, auch in der Zufuhr von Lebensmitteln in den großen Städten müssen sich sehr bald Anzeichen der Not herausstellen, die wieder in ihrer ganzen Schwere die minderbemittelte Bevölkerung treffen. Daß so große Mengen an Lebensmitteln durch die Unterbrechung des Transports bei der strengen Kälte zugrunde gegangen sind, ist doppelt zu bedauern, da wir einen Ueberfluß an Lebensmitteln nicht haben. Ueber die Berechtigung oder Nichtberechtigung des Streiks soll hier nicht geurteilt, sondern nur auf die wirtschaftlichen Folgen und ihre Rückwirkung auf die Arbeiterklasse hingewiesen werden. Die schweren Nachteile des Streiks für unser Wirtschaftsleben werden sich noch für lange Zeit herausstellen. Es wird geraume Zeit dauern, ehe der vollständig ins Stocken geratene Güterverkehr wieder in Ordnung kommt; denn nicht nur der Verkehr muß wieder in seine geregelte Bahn geleitet werden, es fehlt auch an genügendem Betriebsmaterial, was vielfach beschädigt wurde und nicht sofort wieder in den Dienst gestellt werden konnte. Dazu kommt, daß wir durch den harten Winter vollständig auf die Ausnutzung der Schiffsfahrwege verzichten müssen, und somit eine Erleichterung des Eisenbahnverkehrs nicht möglich ist, im Gegenteil, noch eine weitere Belastung hinzukommt, so daß der Streit der Eisenbahner aus einem Scha-

den zufügt, der auf Monate hinaus keine Nachwirkung erkennen lassen wird.

In Handelskreisen wird seit einiger Zeit mit einem Eifer, der einer heftigeren Sache würdig wäre, gegen unsere Außenhandelskontrolle Sturm gelaufen. Allen voran ist es der Hamburger Exporthandel, der sich dagegen wehrt, daß dem Handel die Verpflichtung auferlegt wird, in ausländischer Valuta seine Geschäftsabschlüsse zu vollziehen und einen Teil dieser eingehenden Exportdevisen dem Reiche abzuliefern. Die Außenhandelskontrolle steht heute gänzlich unter der freien Verwaltung der Interessententeile. Zu beachten ist dabei nur, daß von den Exportwaren ein Betrag als Ausfuhrabgabe gefordert wird, ferner soll durch die Preiskontrolle die zu billige Abgabe der Waren nach dem Auslande verhindert werden, und schließlich, wie schon erwähnt wurde, soll der Exporteur einen Teil der Devisen an die Reichsbank abliefern.

Weshalb muß diese Außenhandelskontrolle aufrecht erhalten werden? Diejenigen, die unsere Gesamtlage der Volkswirtschaft nicht nur von ihrem engherzigen Interessentenstandpunkte aus betrachten, sondern weiter blicken können, müssen sich darüber klar sein, daß eine starke Unterbietung in den Warenpreisen beim Export uns die schwersten Nachteile eintragen muß. Ohne Ausnahme haben alle Staaten, die für uns als Abgabengebiete in Frage kommen, insbesondere die hochvalutarischen Länder, Maßnahmen getroffen, um den deutschen Export zu erschweren, sei es durch erhöhte Zölle, Einfuhrbeschränkungen oder besondere Abgaben. Würden wir ohne eine Preiskontrolle die Waren hinauslassen, so hätte das keine andere Folge, als daß im Ausland die Geschäftsnisse für den deutschen Handel erheblich gesteigert würden. Wir halten also unsere Einrichtungen nur aufrecht unter Berücksichtigung der allgemeinen außenpolitischen Interessen, die in ihrer günstigen Rückwirkung unsern gesamten Handel zugute kommen. Die freie Ausfuhr ist aber auch deshalb unmöglich, weil zur Sicherung des Bedarfs im Inland ein Abwandern der Waren ins Ausland unterbunden werden muß. Unsere Industrie ist immer noch nicht so auf der Höhe, daß sie in allen Zweigen der Warenproduktion voll die Nachfrage deckt. Es wird genügen, auf den besondern Mangel an Kohle und Baumaterial hinzuweisen.

Das verständnislose Bestreben des deutschen Exporthandels ist erkennbar in dem Verlangen, daß die höheren Preise, die im Export erzielt werden, vollständig dem Handel zustießen sollen, nicht aber, wie es bisher berechnigterweise durchgeführt ist, auch der Industrie zugute kommen. Der Handel will die Wareneinkäufe zum Inlandspreis tätigen und dann freie Verfügung haben, wie und in welcher Weise er die Waren nach dem Auslande ausführt, und die enormen Gewinne aus den Valutadifferenzen will er vollständig für sich in Anspruch nehmen. Diese vom egoistischen Interesse diktierten Ansprüche, die insbesondere laut werden in dem Exporthandel unserer Seestädte, haben bisher nur dazu geführt, daß die Industrie immer mehr den Handel ausschaltet und selbst die Handelsbeziehungen mit dem Auslande aufnimmt. Dazu kommt, daß in immer steigendem Maße ganz deutlich erkennbar

# Universitätswoche Lübeck.

12. bis 21. März.

AUFRUF!

12. bis 21. März.

Die Kieler Universität beabsichtigt, in der Zeit vom 12. bis 21. März d. J. in Lübeck eine Universitätswoche zu veranstalten. An jedem der Tage werden in der „Aula des Johanneums“ zwei bis drei Vorlesungen über Themen aus den verschiedensten Gebieten der Geistes- und Naturwissenschaften gehalten werden. Anschließend wird sich eine von dem Professor für niederdeutsche Sprache und Literatur geleitete Aufführung eines wertvollen plattdeutschen Stückes im Stadttheater.

Diese aus eigenem dankenswerthem Entschluß der Universität angebotene Veranstaltung ist für alle Kreise unserer Bevölkerung bestimmt. Sie macht es möglich, unter berufener Führung Einblicke zu gewinnen in die Wege und die Ergebnisse deutscher Wissenschaft.

Die Unterzeichneten geben der Bevölkerung Lübecks hierdurch Kunde von der bevorstehenden Universitätswoche und empfehlen die Teilnahme an ihr auf das Wärmste.

## Der Arbeits-Ausschuß der Universitätswoche Lübeck:

Professor Dr. Deycke, Vorsitzender des Bürgerausschusses Dreyer, Vorsitzender der Bürgerchaft Ehlers, Senior D. Evers, Staatsrat Dr. Große, Senator Dr. Kalkbrenner, Staatsrat Dr. Kretschmar, Senator Kulenkamp, Senator Löwig, Bürgermeister D. Dr. Neumann, Landgerichtspräsident Dr. Oemler, Staatsrat Dr. Plessing, Oberrealschuldirektor Dr. Schwarz, Dr. Stucken, Landesfachrat Prof. Dr. Wychgram, Die Oberschulbehörde, Die Volkshochschule, Die Literarische Gesellschaft, Der Naturwissenschaftliche Verein, Der Verein Öffentliche Lesehalle, Der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Der Verein von Kunstfreunden, Die Dierck-Gesellschaft, Die Geographische Gesellschaft, Der Lübecker Landesverein für das höhere Mädchenschulwesen, Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Die Stadtbibliothek, Das St.-Annen-Museum, Das Heilige Ministerium, Die Katholische Gemeinde, Die Fräulein-Gemeinde, Die Theaterbehörde, Die Baubehörde, Die Behörde für die Heilanstalten, Das Nachrichtenamt, Der Nautische Verein, Der Verband für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur, Ortsgruppe Lübeck, Die Handelskammer, Die Gewerbetammer, Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, Der Kaufmännische Verein „Concordia“, Die Old-Fellow-Loas, Der Verein Lübecker Presse, Die Redaktion der Lübeckischen Anzeigen, Die Redaktion des Lübecker General-Anzeigers, Die Redaktion der Lübecker Neuesten Nachrichten, Die Redaktion des Lübecker Volksboten, Die Redaktion der Lübeckischen Blätter, Die Lübecker Turnerschaft, Der Lübecker Turnverein „Gut Heil“, Der Männer-Turnverein, Der Theologische Verein, Der Herzliche Verein, Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft, Der Lübecker Lehrerverein von 1921, Der Allgemeine freie Angestelltenbund, Der Industrie-Verein, Der Verband der Lehrer- und Lehrerinnenvereine, Der Verein mittlerer Gerichtsbeamten, Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Die Vereinigung Lübecker Architekten und Ingenieure, Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Die Vereinigung höherer Verwaltungsbeamten, Der Lübecker Richterverein, Der Lübecker Beamtenbund, Der Ortsverein Lübecker Buchhändler, Der Verein der Kanzleischreiber und Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, Der Neue Frauenverein, Der Lübecker Lehrerverein, Der Verein Deutscher Ingenieure.

## Vorträge zur Universitäts-Woche.

- Sonntag, 12. März, vormittags 11 1/2 Uhr: Eröffnungsfest.** Daran anschließend: Professor Dr. Jacob, Rektor der Universität Kiel: „Wichtige Elemente unserer Kultur“, abends 8 Uhr: Professor Dr. Mandel: „Religion und Wirklichkeit“. (Zweistündig).
- Montag, 13. März, 5 Uhr:** Professor A. O. Meyer: „Das englische Weltreich in den letzten 100 Jahren“. (Zweistündig).
- 8 Uhr:** Geheimrat Professor Dr. Harms: „Die Weltwirtschaft der Gegenwart“. (Zweistündig).
- Dienstag, 14. März, 5 Uhr:** Professor Dr. Wedemeyer: „Vortragsfreiheit im heutigen Arbeitsrecht“. (Eintündig).
- 6 Uhr:** Professor Dr. Jellinek: „Die Reichsverfassung, verglichen mit den Verfassungen der Schweiz und Nordamerikas“. (Eintündig).
- 8 Uhr:** Professor Dr. Witz: „Die Kitzlerne und der Bau des Weltalls“. (Zweistündig).
- Mittwoch, 15. März, 5 Uhr:** Professor Dr. Diels: „Die Entwicklung der Chemie in den letzten 25 Jahren“. (Zweistündig).
- 8 Uhr:** Professor Dr. Wüst: „Die Entstehungsgeschichte der Ostsee“. (Zweistündig).
- Donnerstag, 16. März, 5 Uhr:** Geheimrat Professor Dr. Pappenheim: „Recht und Leben in der Seehandelschiffahrt“. (Zweistündig).
- 8 Uhr:** Professor Dr. Haseloff: „Das Wesen der Renaissance“. (Zweistündig).
- Freitag, 17. März, 5 Uhr:** Geheimrat Professor Dr. Ficker: „Büchergärten und Melchior Hofmann in Lübeck und Schleswig-Dolmin“. (Eintündig).
- 8 Uhr:** Professor Dr. Hollmann: „Grundrissfragen des Valutaproblems“. (Zweistündig).
- Sonntag, 18. März, 5 Uhr:** Professor Dr. Passow: „Kartelle und Trusts“. (Zweistündig).
- 8 Uhr:** Professor Dr. Höber: „Der Zusammenhang von Körper und Seele und seine experimentelle Erforschung“. (Zweistündig).
- Sonntag, 19. März, 8 Uhr:** Professor Dr. Schück: „Das Weltbild der Relativitätstheorie“. (Zweistündig).
- Montag, 20. März, 5 Uhr:** Professor Dr. Kossel: „Der Bau des Atoms“. (Zweistündig).
- 8 Uhr:** Prof. Dr. Prinz: „Die deutschen Ausgrabungen in Babylonien“. (Zweistündig).
- Dienstag, 21. März, 5 Uhr:** Professor Dr. Mensing: „Geschichte der niederdeutschen Bühne“. (Zweistündig).

Sämtliche Veranstaltungen finden in der „Aula des Johanneums“ statt. Die Aula ist gut geheizt.

Eintrittskarten bei Ernst Robert, Breite Straße 29, und an der Abendkasse. Preise der Eintrittskarten (mit anschließendem Vortrag) Mk. 5.—; Schülerkarten Mk. 3.—; Zweistündiger Vortrag Mk. 5.—; Schülertarten Mk. 3.—; Eintündiger Vortrag Mk. 2.— (1924)

### Schwarz-weiße Redoute

**Kostüm- u. Künstlerfest**  
am Sonnabend, dem 25. Februar 1922, ab 8 Uhr in den Räumen der Fledermaus unter Mitwirkung sämtlicher Künstler und Künstlerinnen des Hansatheaters und der Fledermaus.

### Schwarz-weiße Buden.

**Sektbude:**  
Frl. Lissy Niems, Frl. Hela Leffler, Henry Vahi.

**Likörbude:**  
Frl. Hilde Moebius, Frl. Friedel Schöngalla, Paul Helmuth Schübler.

**Glückshafen:**  
Frl. Hansi Rösie, Reinhold Wolf, Fritz Heyse.

**Scherzbude:**  
Frau Viebig-Schmidt, Georg Bauer, Paul Ernst Hachner.

**Wurstbude:**  
Frau Asta Hofer.

Das sensationelle Programm der Fledermaus. Kabarettvorträge der Künstler des Hansatheaters.  
Überraschungen.  
Herrenkarte Mk. 50.—, Damenkarte Mk. 30.— (einschl. Steuer)  
Karten erhältlich im Vorverkauf: im Hansatheater, Fledermaus, Breite Straße 47, 41-245

### Chorverein Lübeck

Mitgliedschaft d. Deutschen Arbeitersängerbundes.

**Sonntag, 26. Februar 1922:**

## Gr. Mastenball

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Um 7 Uhr:  
**Großer Maskenzug.**  
Sämtliche Aufführungen finden von 5-7 Uhr statt.

### Tanz für Zuschauer

von 5-7 Uhr und von 11 Uhr ab.  
**Eintrittspreis**  
für Mitglieder: 3 Mk., Steuer 1 20 Mk.  
für Fremde: Herrenkarte 7 Mk., Steuer 2,80 Mk., Damenkarte 6 Mk., Steuer 2,40 Mk. (1923)

Mitgliedskarten sind nur bei den Boten zu entnehmen. An der Abendkasse werden keine Karten für Mitglieder verabfolgt.

Karten sind zu haben bei P. Lander, Sandstr. 41, Käbler, Elmstr. 1a, Rosenthal Gr. Gröpelgrube 22, Heiner Wulf, Kornstr., Quade, Gländersstraße 9, im Konsumverein und Gewerkschaftshaus  
**Eingang für Masken: Johannisstr. 52.**

NB. Fremde Biertrink u. Kinder haben keinen Zutritt  
Maskengarderoben sind im Lokal zu haben.

**Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr:**  
Komitee und Hilfskomitee im Gewerkschaftshaus. Das Komitee.

### Stadttheater (Harmorsaal) Lübeck

Dienstag, 21. Februar, abends 8 Uhr:  
Auf vielfachen Wunsch! (1923)

## Lichtbildervortrag

von Do. Cassattary, Schriftsteller, Hamburg. Lange Reihe 62. über: Wandlungen der Kunst! Warum die Männer so ehechen sind! Die Entstehung der unglücklichen Ehen, Krüppel, Idioten und Verbrecher resp. Degeneration. Wen soll ich heiraten??? Kinderlose Ehen! Erläuternde Experimente: Verblüffende Zukunftsentscheidungen, Charakter, Krankheiten, Liebe, Ehe, Geschäft usw. — Glänzende Anerkennungen von Prof. Dr. Metzger, Kautz, usw. Num. Pläge 10 Mk., unnum. 7,60 inkl. Steuer. Vorverkauf bei H. R. Base, Breite Str. 55

### Friedrich-Franz-Halle.

Neben Sonntag: (1922)

## Tanz.

Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.  
Sonnabend, 25. Februar:  
**Großer Ball**

Montag, d. 20. Februar:  
**Tanzkränzchen**  
im Gasthof z. Riesekusch  
Fnh. Helmuth Maske. (1926)

### Komitee Arbeiterhilfe f. Sowjet-Rußland, Bez. Wasserkante.

## Öffentlicher Lichtbildervortrag.

„Sowjet-Rußland in Wort und Bild“  
am Montag, dem 20. Februar 1922, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Der Saal wird geheizt.  
Eintritt 3.— Mark.  
Der Reinertrag wird zu Gunsten der Hungernden in Sowjet-Rußland verwendet. (1926)

### Chorverein Lübeck.

## Die Gefangtunde

für den Frauenchor  
fällt am Montag, 20. Februar, aus. (1924) Der Vorstand.

### Moisinger Baum.

Morgen Sonntag:  
**Humoristisches**  
**Bockbier-Fest**  
verbunden mit (1928) vornehm. Tanzkränzchen unter Leitung und Mitwirkung der beliebtesten Künstler.  
Frl. Hilde Moebius u. Herrn Reinhold Wolf vom Hansatheater.  
Rudolph Jäde.  
Lustige Tanzstücke.  
Stimmung — Humor.

### Gesangverein Lyra

Chormeister Otto Hauschild.

## Großer Ball

am Sonntag, dem 19. Februar 1922, im Kolosseum.  
Anfang 6 Uhr. (1927) Der Vorstand.

### Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 19. Februar:

## Gr. humor. Bockbierfest

unter Leitung (1923)  
„Besanften Helmut's“.  
Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.

### Adlershorst. Ball

Jeden Sonntag u. Donnerstag (1928)

### Konzerthaus Flora

Sonntag: **Großer Ball**  
(1929) Anfang 6 Uhr.

Unsere Geschäftstäume befinden sich jetzt  
**Fischstr. 21.**  
**Puls & Probst,**  
Kordische Reichs- u. Werkzeug-Zentrale, Heraraj 8807.  
(Ehemal. Dorotheenstr. 25) (1924)

### Luisenlust. Jeden Sonntag: Ball.

Eintritt und Tanz frei. (1929)

## Kasper kommt!

Von Sonntag ab täglich 2 Vorstellungen des Handpuppenspieler's auf Kiel in der Aula des Johanneums. Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.  
Spielfolge:  
**Kasper u. der Theaterdirektor.**  
**Kasper soll Soldat werden.**  
Dazu abends: (1924)  
**De Reis' nah Gsündich.**  
Karten: Nachm. zu 4, 3, 2 Mk., abends 3, 6, 4 Mk. im Vorverkauf bei E. Robert u. an der Kasse.

## Stadthallen.

### Lichtspiele.

Die verblüffende Neuheit kinematographischer Darbietung

## Die Zauberpuppe.

Die Sensation des Jahrhunderts!  
„Klub der Entgleisten“.  
Lord Percys erstes Abenteuer, nach Motiven des Buches „Royal-Klub“ von R. F. Grotter.  
Aus der Friedrich Zeinik-Sonderklasse.  
Außerdem:  
**„Giftblumen“**  
Großes Drama in 6 Akten. (1925)

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck. (1928)

## Versammlung der Weimarbeiter

am Montag, dem 20. Februar abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tages-Ordnung:  
**Bericht der Lohnkommission**

### Hansatheater.

Heute  
Sonnabend u. Sonntag (1928) 7 1/2 Uhr:  
Die überlustige Boffe Er und seine Schwester.  
Montag, 7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Male Honelt tanzt Walzer.

### Gewerkschaftshaus.

Dienstag, d. 21. Februar, 7 1/2 Uhr.

## Großes Karnevalskonzert

des Lübeckischen Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters.  
Das Programm bringt den Karneval im Sichte aniere Klavier und im letzten Teil den Sprudelinfen.  
Eintritt 3,50 Mk. (1925)  
Eintritt 3,50 Mk.  
Verderauffüllen benugten!

### Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft Lübeck

e. G. m. b. H. früher Arbeitsbaugenossenschaft

## Bezirks-Versammlung

am Montag, d. 20. Februar abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus  
Tagesordnung:  
**Stand der Genossenschaft.**  
Der Mitgliederrat. (1927) J. A.: Steen.

### Stadttheater Lübeck

Sonnabend, 18. Feb., 7.30  
**Bohème.** (Nüger-Ab.)  
Sonntag, 19. Febr., 2 U.  
12. Vorst. f. d. Arb.-Bildungsverein  
**Tannhäuser.** (19210 Kart. a. d. Theaterkasse. 7.30 Uhr: **Carmen.**  
Montag, 20. Febr., 7.30  
14. Volkst. Konzert. Karten an der Theaterkasse.  
Dienstag, 21. Febr., 7.30  
Die Ballerina des Adnag. Als Gast Eva-Alice Gran. 26. Ab.-Vorst. Schf. B.

# Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 18. Februar.

## Das verteuerte Leben.

In erschreckend regelmäßigen Zeitabständen verteuert sich unsere Lebenshaltung. So oft die Hausfrau das Notwendigste einkauft, verrechnet sie sich und muß von diesem und jenem, das sie unbedingt haben muß, Abstand nehmen, weil das bisherige Ware in ihrem Körbchen wieder viel teurer geworden ist, als sie vorher ausgerechnet hatte. Am schlimmsten ist es, daß die Teuerungswelle sich immer weiter überschlägt und keine Brandung findet, an der sie endlich zerfällt. Heute ist nun die seit Monaten angekündigte Brotpreiserhöhung um 75 Prozent eingetreten. Die Verteuerung des Markenbrottes hat ihre Ursache darin, daß die bisher gezahlten erheblichen Zuschüsse aus der Reichskasse auf Verlangen der Entente abgebaut werden müssen. Ein Schwarzbrot kostet 12,60 M., ein Weizenbrot 14 M. — eine Preissteigerung, die vor allem kinderreiche Familien, Invalidenrentner usw. mit größter Sorge erfüllen muß. Wir nähern uns jetzt den Weltmarktpreisen, und — beziehen deutsche Löhne. Ein vollständiger Ausgleich findet nie statt, stets wird das Niveau des auf Lohn und Gehalt Angewiesenen mehr herabgedrückt. Die Rechtsparteien versuchen natürlich offen und verdeckt die Revolution und deren Folgen für den großen Jammer verantwortlich zu machen, und doch sollte es allmählich jedem klar sein, daß ihn einzig und allein nur der unheilvolle Krieg verschuldet hat, die Politik jener Leute, die in furchtbarer Verbildung noch Arnezionspläne entwarfen, als Deutschland militärisch und wirtschaftlich den Krieg längst verloren hatte, die jeden niederknuppelten, der rechtzeitig einen Verständigungsfrieden verlangte, und die heute auf der Lauer liegen, um die Regierung an sich zu reißen und das deutsche Volk neuen Bedrückungen durch die Entente auszuliefern und die Steuerlasten noch höher zu türmen, als es jetzt schon der Fall ist. Das mögen sich besonders die vor Augen halten, die der Meinung sind, daß es schlimmer als jetzt nicht kommen könne, und die die Politik der Sozialdemokratie nur aus der beschränkten Trostperspektive ansehen. Es kann sehr wohl noch viel, viel schlechter werden. Nämlich dann, wenn die Massen des Volkes den Steuerdrückbergern und Militaristen von rechts oder den unverantwortlichen Präzendenten von links nachlaufen. Das Deutschland vor dem Kriege, der ganz Europa in einen Trümmerhaufen verwandelte, und das hungernde Rußland unter der Bolschewistenherrschaft sind die Fanale, die der Arbeiterschaft zur Warnung aufgerichtet sind.

Würde das Volk den Leiden der Monarchisten folgen, dann hätten wir noch ganz andere Preise zu gewärtigen. Die Agrarier und alle anderen, als Blutegel am Volkskörper saugenden Beutelschneider lauern nur auf den Augenblick, wo sie mit Gewalt nicht nur ihr Unrecht vergrößern machen, sondern auch den letzten Rest der Kriegslasten den so schon bis aufs Hemd ausgeplünderten Massen aufbürden könnten. Sie wollen, zwangsfrei sein, um aus der größten Not wie bisher Profit in unerreichtem Maße zu schöpfen. Die Wucherfreiheit betonten letzthin die brandenburgischen Landbesitzer im Zirkus Busch zu Berlin als Erstlingsrecht, sie verweigern auch die kleinste Leistung zum Wohle des Ganzen und schreien obendrein noch von Willkür bei der Steuererschöpfung. Dabei besteuern sie das Volk am tollsten durch Wucherpreise. Nehmen wir nur einmal die Kartoffelpreise vor. Werden doch schon verschiedene Orts 200—300 Mark für den Zentner hintenherum bezahlt; in Hamburg haben Verbraucher bis zu

fünf Mark pro Pfund entrichtet. Nicht lange wird es dauern, bis der Kleingartenbesitzer Saatgut gebraucht; wie die Erfahrung lehrt, werden wir dann zur noch Saattatoffeln im Handel finden. Der Kartoffelpreis für die Ernte 1922 wird von Kennern auf über 400 Mark pro Zentner kalkuliert, wenn nicht schleunigst Schritte von der Reichsregierung unternommen werden, die diesen Raubzug auf die städtische Bevölkerung schon in ihrem Entstehungskeim ersticken. Und so ist es bei allen Produkten unserer heimischen Erzeugung. Nehmen wir Milch, Eier, Fleisch oder was es auch sei, überall sehen wir die gleiche preistreibende Tendenz. Seitdem sich die hemmungslose Wirtschaft ausstößt, ist jede Rücksicht auf den Nächsten im gemeinsamen Eigennutz erloschen und nichts von all den Versprechungen der Aufbauparteien um Stinnes herum hat sich erfüllt. Es würde noch weit schlimmer werden, wenn diese ganz die Oberhand gewinnen.

## Eine kleine Unverschämtheit.

Unlängst erschien in den „Lüb. Anz.“ eine Klage über den Mangel an Hausangestellten. Das lübische Amtsblatt, das auf seinem unwegigen Geschwafel der arbeitenden Bevölkerung zeitweise Honig ins Gesicht zu schmiern versucht, erfährt mit der bekannten Schlauchheit, daß sich aus dem Wehmutsgeheul vielleicht etwas für dunkle Zwecke herausdestillieren ließe und lud die Hausfrauen ein, ihr Sorgenbüttel auf den Redaktionstisch zu stellen. Richtig geraten. Wo gebe es in jenen Kreisen nicht rückständige Damen, die bereit sind, dem Verlangen einer arbeitserfreundlichen Presse nachzukommen? Als Erste meldete sich die Vorstandsmitglied der Lübecker Hausfrauenvereine, Clara Burmeister, die nach einer langen, aber im Hinblick auf den Knalleffekt unwesentlichen Einleitung sich folgendes zu schreiben erdreistete:

„Der Mangel an „Arbeitsfrauen“ erklärt sich vielfach ganz einfach durch die Männer, die erklären: „wir verdienen genug, da braucht du nicht mehr bei fremden Leuten zu arbeiten.“ — Ich kenne eine ganze Anzahl Frauen, die Jahre, Jahrzehnte in denselben Häusern gearbeitet hatten und sich schweren Herzens dem Verbot ihrer Männer fügten; nicht nur weil sie durch so viele Jahre mit der Familie verwachsen waren, sondern auch, weil das, was sie durch diese Häuser hatten, an Verdienst, Geselbten, Zuwendungen aller Art, das war was ihnen zu eigen gehörte, wüber sie frei verfügen konnten. In manchem Fall habe ich auf meine Frage die Antwort erhalten: „Ich komme gern, aber mein Mann darf es nicht wissen.“

Die Zeit der Unruhe und des Kampfes, in der wir leben, hat auch die weibliche Jugend erfährt, sie wird hin und her gerissen und weiß oft selbst weder, was sie will, noch was zu ihrem Besten dient. Hoffen wir, daß die hochgehenden Wogen unseres Lebens sich bald glätten mögen, dann wird auch diese Frage sich lösen. Einstweilen heißt es für uns, der Entwicklung der Dinge aufmerksam folgen und in Geduld warten.“

Wir haben in der Ueberschrift von einer kleinen Unverschämtheit gesprochen. Wir können ebenso gut sagen, daß es sich um eine deutsch-nationale Unverschämtheit handelt. Ansonst könnte ein ernsthaft sein wollenes Blatt derartigen Unfug gar nicht nachdrucken. In einer Zeit von solch unerhörter Teuerung, wo jeder Familienvater heillos ist, entweder einen Eiser weniger am Tisch oder einen Mitherrdiener mehr im Hause zu haben, davon zu fabeln, die Arbeiter verdienen genug und hätten Mithilfe nicht nötig, ist mehr als dumm. Der Mangel an Hausangestellten liegt in allererster Linie an zu geringem Verdienst, an unbeschränkter Arbeitszeit und auch unbeschränkter Zumutung der Arbeit selbst. Mit dem Lohn kann sich ein Mädchen heute kaum recht kleiden. Die Arbeiterin des obigen deutsch-nationalen Titats gibt ja selbst zu, daß nicht einmal Hilfe aus dem bebrängten Kleinrentnerstande zu haben war, weil man sich nicht über die Bezahlung einigen konnte. Ja, wer der „überlasteten Hausfrau des Mittelstandes“ den Pöbel machen und wie bekannt in ein paar Stunden die ganze Tagesarbeit erschaffen soll, der darf auch eine angemessene Entlohnung verlangen. Die Damen vertränten sich getreu dem ehelichen Vorbilde auf die „Entwicklung der Dinge“

— eine deutsch-nationale Redensart, hinter der der Geist des alten Gebirgsgelehrten steht. Aber gegen Neuperlungen oben gekennzeichnete Art lohnt es sich kaum zu polemisieren, man hängt sie nur niedriger.

## Beitragsentrichtung in der Invalidenversicherung für unständig beschäftigte Personen

Die Höhe der Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung richtet sich nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes des Arbeitnehmers. Für unständig beschäftigte Personen, das sind solche, deren Beschäftigung auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist (z. B. die bei wechselnden Arbeitgebern beschäftigten Gelegenheitsarbeiter, Hafenarbeiter, Aushilfsstellen, Wäschfrauen, Schneiderinnen, Näherinnen, Plätzerinnen usw.) gilt als Jahresarbeitsverdienst das dreihundertfache des Ortslohnes, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Betrag durch ihren tatsächlichen Arbeitsverdienst erreicht oder überschritten wird. Für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte beträgt der Ortslohn vom 15. Februar ab: für männliche Versicherte über 21 Jahre 35 M., von 16—21 Jahren 25 M.; für weibliche Versicherte über 21 Jahre 20 M., von 16—21 Jahren 15 M. Hiernach gilt als Jahresarbeitsverdienst eines unständig beschäftigten männlichen Versicherten über 21 Jahre in der Stadt und in den Vorstädten 35 mal 300 gleich 10 500 M., sodas für diesen, falls die Beteiligten nicht über eine Höherversicherung einig sind, eine Wochenmarke der Lohnklasse F (Jahresarbeitsverdienst 9000—12 000 M.) zu 9 M. zu verwenden ist. Nach demselben Grundsatz ist zu verwenden: für einen unständig beschäftigten männlichen Versicherten von 16—21 Jahren eine Wochenmarke der Lohnklasse E zu 7,50 M., für eine unständig beschäftigte weibliche Versicherte über 21 Jahre eine Wochenmarke der Lohnklasse D zu 6,50 M., und für eine solche von 16—21 Jahren eine Wochenmarke der Lohnklasse C zu 5,50 M. Im Lande gibt es, wo der Ortslohn niedriger ist, sind für unständig beschäftigte Versicherte, falls die Beteiligten nicht über eine Höherversicherung einig sind, zu verwenden: für eine männliche Person über 21 Jahre eine Wochenmarke zu 7,50 M. (E), für eine solche von 16—21 Jahren eine Wochenmarke zu 5,50 M. (C), für eine weibliche Person über 21 Jahre ebenfalls eine Wochenmarke zu 5,50 M. (C) und für eine solche von 16—21 Jahren eine Wochenmarke zu 4,50 M. (B). Der Arbeitgeber hat die Beitragsmarke bei der Lohnzahlung in die Quittungsfarbe des Arbeitnehmers einzuzahlen und zu entwerfen. Er ist berechtigt, die Hälfte des Markenwertes von dem Lohnbetrage einzubehalten.

## Universitätswoche Lübeck.

Die Universitäten, als Stätten der Forschung und Lehre, haben sich zur Aufgabe gestellt, über den Kreis der Studierenden hinaus weitesten Bevölkerungskreisen in die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit Einblick zu schaffen. Aus diesem Gedanken heraus ist die Veranstaltung der „Universitätswochen“ entstanden. Vor längerer Zeit schon veranstaltete die Göttinger Universität eine solche Universitätswoche in Bremer, dann die Kieler Universität in Helsingburg. Nach den guten Erfahrungen der Helsingburger Universitätswoche trat die Kieler Universität mit einem ähnlichen Plan an Lübeck heran, der in unsere Stadt eine freudige Aufnahme fand. Nunmehr sind die Vorbereitungen soweit zum Abschluß gebracht, daß das vollständige Programm veröffentlicht werden kann (siehe Inkrustation).

Ein Blick auf das Programm zeigt, welche Fülle von Anregungen die Universitätswoche unsern eifrigeren Leben zu bringen berufen ist. Von Universitätsprofessoren, welche sich als Wissenschaftler einen Namen erworben haben, wird über ein zentrales Problem aus dem Gebiete ihrer Wissenschaft gesprochen. Die Kürze der Zeit, welche jedem Redner zur Verfügung gestellt ist, zwingt zu größter Beschränkung auf das Wesentliche. Manche der Themen werden ein besonderes lokales Interesse finden, da sie der Forschung über Lübeck und das angrenzende Land- und Seegebiet entnommen sind. Andere Themen behandeln Grundfragen des geistigen und wirtschaftlichen Daseins unserer heutigen Zeit. So ist zu hoffen, daß das hohe Ziel, welches die Kieler Universität sich gesetzt hat, durch die Universitätswoche Lübeck im vollen Maße verwirklicht wird.

## Eine dunkle Tat.

Roman von Lenin Schücking.

32. Fortsetzung.

Bernhard mochte eine Viertelstunde in seiner Hütte gefessen haben; die gefangenen Vögel lagten in einem Korb; auf dem See hörte man die Schwärme ihrer wilden Schwestern aufstauen, sah sie verschwimmende schwarze Flecken in der Luft kreisen und dann niederplätschern, aber immer noch zu fern. Da öffnete sich hinter dem Spähernden das schmale Weidengeflecht, das als Tür der Hütte diente, und das Mondlicht fiel plötzlich hell und voll auf die kahle Erdwand neben ihm, um ebenso schnell wieder zu verschwinden. Es war jemand eingetreten und stand hart an ihm; eine feste Hand leate sich auf seine Schmiter.

„Sind Sie's, Herr Gerhards?“  
„Nein, ich bin's“, flüsterte er; „es ist jemand anders; ich heiße Wendels.“

Bernhard sah eine Reihe runder Silberknöpfe auf einer Kante glänzen; sie war der Fensteröffnung der Hütte nahe gekommen.

„Wendels? Ihr seid ein Scherenschleifer?“ — Es wurde ihm unheimlich zumute, in dem engen finsternen Raume mit dem heimatischen Gesellen, und er stieß das Geflecht auf.

Der Scherenschleifer zog das Türchen wieder zu und sagte leise: „Leht, leht, Ihr könnt ganz ruhig sein; ich habe zwei Worte mit Euch zu sprechen. Ich bin ein Scherenschleifer; ich bin ihr Anführer, wenn Ihr das wissen wollt und es etwas zur Sache tut.“

„Und was wollt Ihr von mir?“  
„Wollt Ihr das Mädchen heiraten, das Eure Mutter anzuzogen hat?“

„Heiraten? Ich? Wer?“

„Gente, sag' ich Euch.“

„Mensch, seid Ihr toll?“

„Menschmal; je nachdem man mir's macht.“

„Wie kommt Ihr auf den Einfall?“

„Ich habe meine Gründe gehabt, es zu glauben. Es wäre kein dummes Streich von Euch; sie könnte Euch zu einem reichen Manne machen.“

„Nicht zu einem reichen Manne? Ich glaube wirklich, daß Ihr toll seid! Erklärt Euch oder ich rufe! Ihr seid in meiner Hand.“

„So wenig wie die Enten da drüben; habt Ihr je gehört, daß der Heidenluster Wendels gefangen sei? und es haben ihm schlauere Leute nachgestellt als Ihr seid.“

Der Kurische drückte seine Finger um Bernhards Arm wie eine Eisenkette so fest.

„Seid ganz ruhig“, fuhr er fort; „was ich Euch zu sagen habe, ist immer des Anhörens wert. Ich will sie heiraten, aber

sie will aus Euerm Hause nicht fort; daran seid allein Ihr schuld; sonst würde sie das freie fröhliche Ziehen über Berg und Heide nicht aufgeben, um sich einer alten Heze gegenüber am Feuer zu schmoren und sich wie eine Magd auszunutzen zu lassen, während sie wie eine Königin im Walde draußen sein kann. Ich schlag' Euch nun einen Handel vor; er soll Euch nur Worte kosten und dafür geb' ich Euch einen Namen, Güter, Land und Leute. Wollt Ihr?“

„Am Gottes willen, Mensch, was wollt Ihr von mir? spricht weiter, spricht!“

„Ihr sagt, sie könne Eurem Hosen nur gehen; Ihr haßt sie; sie sei eine Scherenschleiferdienerin, die Ihr nicht möchtet. Sagt Ihr das frei heraus, als ob's aus Euch selber käme; acht Tage später habt Ihr Papiere in Händen, kraft deren Ihr nichts Weiteres zu tun braucht, als Eure alte römische Margaret an den lichten hohen Gehäusen zu lassen und dann Besitz von so schönen Gütern zu nehmen, als ihrer im Lande sind. Wollt Ihr?“

„Ich soll meine Mutter hängen lassen? Ich soll ein Geschöpf, das durch Gottes Hilfe zu ehrlichen Leuten gekommen und eine Christin geworden ist, Euch Diebstahls wieder zutreiben? Keil, packt Euch jetzt oder Ihr bereut es! Ihr sagt mit Wahrheit, daß Ihr mitunter toll seid.“

„Ihr habt lo unrecht nicht“, sagte der Scherenschleifer nach einer Weile nachdenklich; „ich bin ein Narr, daß ich zu Euch kam, ohne mein Versprechen auf der Stelle erfüllen zu können; wie kann ich verlangen, daß Ihr mir glaubt! Gute Nacht! — Nach acht Tagen kommt ich wieder zu Euch; an der Waldkapelle ober; wollt Ihr nicht hinkommen, so will ich Euch schon anderswo finden; Ihr werdet dann anders sprechen.“

Die Weidentür brann auf und der Scherenschleifer glitt geräuschlos, wie er gekommen war, hinaus. In der nächsten Erdhütte riskierte Herr Gerhards einen Schuß; ein zweiter fiel; der Gutsherr hatte geschossen; auch Bernhard feuerte sein Rohr ab, kaum wissend, was er tat, und sprang zur Hütte hinaus. Die Hunde warfen sich laut anschlappend in das Wasser, um die Beute zu opportieren.

Sie brachten zwei Stück getöteten Wildes zurück, die Herr von Arnead als von ihm erlegt erklärte.

„Aber eine mochte ich wohl getroffen haben“, sagte Herr Gerhards mit betrübter Stimme Bernhard ins Ohr; „ich habe eben gut wie der gnädige Herr in den dicksten Haufen gefeuert.“

— Cogen Sie, Herr Doktor, konnte das nicht wohl meine Ente sein? Was meinen Sie?“

Der junge Doktor sagte und meinte nichts; er rührte das Rinn auf die Mündung seines abgeschossenen Rohres und bligte starr auf die Wasseroberfläche. Der Wikar gina und moß die Beute in seinen Händen, beföhle die Brust des Wildfretts, behnte ihm die Fingel aus, daß die Schwimmschollen, warf sie auf den Rasen und sagte ingrimisch: „Mitte Kader!“

„Aum, lassen Sie sie jetzt nur liegen“, kam Herr Gerhards nach einer Weile wieder zu Bernhard; „die kriegen wir doch nicht

mehr.“ Der Wikar glaubte, Bernhard beobachte die aufgeschreckten und über den Spiegel langgereckt dahinschießenden Entenschwärme. Er mußte ihm einen Stoß in die Seite geben, um ihn lebendig zu machen.

„Ei so kommen Sie doch; der gnädige Herr möchten wohl verdrießlich werden; wir haben schlechte Jagd gemacht.“

Der gnädige Herr fand er nicht, daß sie so schlechte Jagd gemacht; auch waren sie keineswegs verdrießlich, daß sie allein zwei Stück geschossen, während die andern gar nichts bekommen; was sie als vollständig konstatiert annehmen. Herr von Arnead war, als die drei Herren heimkehrten — der Jäger blieb zurück, um die Lokerten aufzunehmen — ganz außerordentlich gesprächig, Herr Gerhards desto schweigender. Herr von Arnead hatte so allerlei Stüdelein, auf die er bei solchen Stimmungen, um die Heiterkeit der Gesellschaft zu erhöhen, zurückzukommen liebte, obwohl Herr Gerhards das gar nicht beiführte, da er nicht das mindeste Vergnügen daran fand, sie zu hören.

„Monieur l'Abbe“, sagte Herr von Arnead, „meine Frau Gemahlin müß die Gnade haben, uns eine Flasche Glühwein vorlegen zu lassen; ich denke, es wird uns gut tun.“

„Gott heb' uns bei!“ murmelte Herr Gerhards; dann sagte er laut: „Freilich, die Luft ist etwas kalt und feucht geworden, Em. Gnaden, und ich glaube auch, wir möchten anderes Wetter bekommen, denn wenn es am Crispinusstag kalt und —“

„Ja, hatten Sie einmal ein, Herr Wikar, was wollt' ich auch noch lazen? — Ja, von der Flasche.“ Herr von Arnead lachte, „wissen Sie noch, wie Sie in die Flasche kriechen wollten?“

„O, Em. Gnaden, es war ja ein Aprilscherz!“

„April? Nichts da, es war mitten im März; wollen Sie den Kalender sehen, worin ich's angefrichen habe? Hören Sie, Doktor, wie der Wikar hat in eine Flasche kriechen wollen. Eines Abends — wir wollten uns gerade zu Tische setzen und warteten nur noch auf den Herrn Wikar, da kommt er herein, ist sehr verärgert und aufgeregt und erzählt, drunten im Dorfe in der Schenke sei einer, der könne ihn in eine Flasche praktizieren! Ei, ich dachte Wunders, was er habe; wir nahmen es für einen Scherz; er blieb aber dabei und wurde nur gegen das Ende der Tafel durch unsere Argumente gegen die Möglichkeit des Umstandes, daß der Hals einer Flasche sich so erweitern, um einen ganzen Wikar hindurchschlüpfen zu lassen, ein wenig zweifelhaft. Am andern Abend aber kommt er — Herr Wikar war wieder in der Schenke gewesen — triumphierend heim: Em. Gnaden, 's ist nun aber ganz gewiß wahr, der Karl habicht unten in der Schenke hat mich ausgelacht mit meinem Zweifel und gesagt, er habe schon den Pastor von Weddenöhl in eine Flasche gefischt; und das kann jedes Kind sehen, der ist doch noch viel dicker als ich! — Ei, du meine Güte, hat jemand solchen Glauben in Trel gefanden? Kein Monieur l'Abbe, man kann wohl eine Flasche in einen Wikar praktizieren, aber immer einen Wikar in eine Flasche!“

(Fortsetzung folgt.)

# Die Lohnverhandlungen bei den Schiffswerften.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Bezirk Hamburg, teilt mit: In den Verhandlungen mit den Schiffswerften wurde ein Zugeständnis gemacht, und zwar wie folgt:  
D 2. Mit Wirkung vom 1. März 1922 werden die Löhne für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter, ausgenommen die unter Ziffer D 9 besonders aufgeführten Kategorien um 50 Pfg. pro Stunde erhöht.  
D 5. Die für verheiratete Arbeiter sowie für Ledige über 25 Jahre bisher in Höhe von 50 Pfg. festgesetzten Zulagen werden um 30 Pfg. auf 80 Pfg., die Kinderzulagen von 10 Pfg. auf 20 Pfg. pro Stunde erhöht.  
Das Ergebnis der Verhandlung wird den gewerkschaftlich organisierten Werftarbeitern derjenigen Betriebe, die der Norddeutschen Gruppe Deutscher Schiffswerften angehören, zur Urabstimmung unterbreitet werden. Der Tag, an welchem die gemeinsame Urabstimmung in allen Orten stattfindet, wird noch mitgeteilt. Eine Urabstimmung, die eventuell vorher vorgenommen würde bzw. an einem anderen Tage vorgenommen würde, wäre ungültig. Die ZWR und Verhandlungskommission traten am Freitag, dem 17. Februar in Berlin mit Vertretern der Zentralvorstände zu einer Beratung zusammen. Nach dieser Beratung erhalten die Ortsverwaltungen der Werftorte sofort weitere Nachricht durch die Bezirksleitung.

# Das Nachbaderbot vor der Strafkammer.

Das Urteil des Schöffengerichts bestätigt.  
Der Inhaber der Hansabäderei, Herr Junge, hatte bekanntlich in seinem Betriebe zwei Personen vor 6 Uhr morgens mit Badarbeiten beschäftigt. Die Verordnung über die Arbeitszeit im Bädergewerbe bestimmt aber, daß vor 6 Uhr morgens jegliche Arbeit verboten ist. Herr Junge hat wiederholt und mit Absicht gegen diese Bestimmungen verstoßen, um eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob auch Vorarbeiten, wie die Herrichtung des Teiges und das Anheben des Ofens unter diese Verordnung fallen. Er war wegen Verstoßes gegen die Verordnung mit einem Strafmandat von 100 Mark bedacht worden. Das Schöffengericht hatte auf Verurteilung hin Herrn Junge in eine Geldstrafe von 100 Mark genommen. Es begründete das Urteil damit, daß nach dem Gesetz alle Arbeiten, worunter auch die Vorarbeiten fallen, verboten sind. Gegen diesen Entscheid hatte der Verurteilte Berufung eingelegt, so daß die Sache am Freitag vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Angeklagte gab auch in dieser Verhandlung ohne weiteres zu, daß schon um 4 Uhr morgens von 2 Personen mit den Vorarbeiten in seinem Betriebe begonnen worden ist. Er hielt aber diese Vorarbeiten nach dem Gesetz nicht nur für erlaubt, sondern auch für notwendig, damit die um 6 Uhr zur Arbeit erscheinenden Bäder voll beschäftigt werden könnten. Dieser letzte Ansicht vertrat auch der in der Hansabäderei als Vorarbeiter beschäftigte Papenhausen in seiner Zeugenaussage. Als dann ferner noch Herr Puls, der Vorsitzende des Bäderverbandes, Justizrat Lübeck, vernommen worden sollte, glaubte der Verteidiger, Herr Dr. Wittern, darauf hinweisen zu müssen, daß dieser im „Rechtsboten“ eine scharfe Erklärung gegen den bekannten offenen Brief des Herrn Junge erhalten habe und sprach von einer einseitigen Darstellung der ganzen Sache durch den Zeugen. Diese Ausführungen des Verteidigers konnten nur den Zweck haben, die Aussagen dieses Zeugen als objektiv minderwertig darzustellen. Herr Puls jagte dann u. a. auf Befragen aus, daß in der Genossenschaftsbäderei auch mit den sogenannten Vorarbeiten nicht vor 6 Uhr morgens angefangen und daß alle Bäder sofort volle Beschäftigung hätten. In allen Großbetrieben Nord-Weiß-Deutschlands sei die gleiche Arbeitszeit eingeführt. In seiner Verteidigungsrede betonte Herr Dr. Wittern u. a., daß Junge nicht aus Konkurrenzneid oder Profitgier, sondern lediglich zur Herstellung einer guten Badware die Vorarbeiten für notwendig hält. Er verbat sich dann nachzuweisen, daß nach dem Gesetz die Vorarbeiten nicht verboten seien. Demgegenüber verwies der Staatsanwalt auf den Wortlaut des Gesetzes, worin es heißt, daß in der Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr die Arbeit vollständig ruhen solle. Das Gericht kam nach kurzer Beratung zur Verurteilung der Berufung und bestätigte das Urteil des Schöffengerichts. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist die in der Urteilsbegründung ausgeführt, könne kein Zweifel bestehen, daß auch die Vorarbeiten verboten seien.

Die Lübecker Lichtspielgemeinde veranstaltete am Donnerstag ihren 4. Silberbühnenabend in der Stadthalle. Vorgeführt wurde „Die weiße Seuche“ (Tuberkulose), ein Volksbelehramm des Kulturvereins der Ufa. Der Film zeigte nichts Phantastisches, sondern war rein wissenschaftlich aufgebaut. Ein auswärtiger Arzt, der zu den Bildern Erläuterungen gab, bemerkte einleitend, daß wir ein Volk von 60 Millionen, alle Kranke haben, unsere Gesundheit zu pflegen, damit uns andere Arbeitsträger erhalten bleiben. Im ersten Teil der Bilder wurde gezeigt, wie die Seuche in den verschiedenen Ländern verbreitet ist und der Stand der Bekämpfung vor und nach dem

# Der Wettkampf des Heizöls mit der Kohle.

Von Erich Reus.

Die Nachricht, daß die Paris-Genoa-Mittelmeer-Linie, eine der Hauptbahnen Frankreichs, dazu übergegangen ist, für ihre Lokomotiven die Dampferzeugung einzuführen, mag den Blick erneut auf den sich heizenden Wettkampf zwischen Heizöl und Kohle in der heutigen Weltwirtschaft lenken. Die Tatsache dieses Erfolges bedeutet eine neue Etappe in dem unermüdlichen Schritt zur Schrittmacher-Kohle. Es ist nichts Neues mehr, daß fast die meisten europäischen Schiffsbauten auf Dampferzeugung einzurichten werden, in der technischen Literatur häufen sich auch die Angaben über neue Dampferzeuger, sei es zum Betriebe von Industriemaschinen oder von landwirtschaftlichen Maschinen. Und die Bedeutung der Dampferzeugung des Oils wird wachsen, je mehr die Technik in der Ausnutzung der natürlichen Vorteile des Oils für bestimmte Zwecke Fortschritte macht.

Diese natürlichen Vorteile des Heizöls gegenüber der Kohle bestehen zunächst in der ausschlaggebenden Tatsache, daß das Heizöl einen mehrfachen Heizwert gegenüber der Kohle aufzuweisen hat. Das ist ein gewichtiger Vorteil bei allen Fahrzeugen, die auf Wirtschaftlichkeit auszuweisen sind. Auch ist die Vorbereitung der Kohle zur Erzeugung der nötigen Dampfdruckverhältnisse eine etwa um die Hälfte längere beim Heizöl als bei der Kohle. Der praktische Engländer hat einmal in der Wirklichkeit einen Wettkampf zwischen den beiden Brennstoffen in ihrer eigenen Art für die Schiffszugkraft durchgeführt, indem er zwei Schiffe der gleichen Klasse, das eine mit Öl, das andere mit Kohle, gleichzeitig von Southampton nach Newport fahren ließ, wobei das Öl-Schiff 29 Stunden benötigte, das andere um 29 Stunden länger. Weitere Vorteile sind die einfa- chere und reinlichere Handhabung des Heizöls, was wiederum Personalökonomie bedeutet, keine besondere Lagerung und schließlich die leichtere Transportmöglichkeit. In Amerika, das bei dem Reichtum seines Erdöls in besten Ausstattungen bereits weit fortgeschritten ist, führen beispielsweise die Lokomotiven von Los Angeles nach Kilometers den besten Heizölverbrauch an die verpackten Erdölbehälter, ungeachtet der durch ausgegebene Grundrechnungen der Kraftstoffe vor-

Arzte. Bis 1913 ging die Seuche rapide bergab, stieg dann während der Kriegsjahre, bis sie 1918 wieder einen hohen Stand erreicht hatte. Zur Beruhigung teilte der Vortragende mit, daß seit dieser Zeit ein ständiges Abnehmen zu verzeichnen ist. In den nachfolgenden Bildern wurde der Reihe nach gezeigt, wie die Krankheit in den menschlichen Körper ihren Einzug hält, wie sie sich darin verbreitet und welche Verheerungen sie anrichtet, in welcher Weise das Vorhandensein von Tuberkelbazillen im menschlichen Körper festgestellt und wie das Heilverfahren eingeleitet und durchgeführt wird. Praktisch angelegte Heilanstalten in der Schweiz und in Deutschland unterstützten das Heilverfahren. Doch der Vortragende bemerkte, daß ein Kranker nicht nach der Schweiz zu reisen brauche, um gesund zu werden, in der Nähe unseres schönen Lübeck gebe es wunderbare Stätten für eine Genesung des kranken Körpers. Für manchen Zuschauer war wohl die Bilder etwas Neues, in denen die Kellerwohnungen und Mauerquartiere in den Großstädten gezeigt wurden, viele haben wohl keine Ahnung, daß Menschen in solchen Lößern hausen müssen. Freundlich wirken solche Bilder allerdings nicht. In seinem Schlusswort zerstörte der Vortragende die irrige Auffassung, daß der Alkohol vorbeugend gegen Krankheit wirken könne. Auf seinem Gange durch Lübeck hätte er in einem Schaufenster ausgestellt gesehen Flaschen mit Rum, Cognac, Schnaps usw. und dabei ein Plakat, auf dem stand: „Alkohol, beites Vorbeugungsmittel gegen Influenza“. Er bezeichnete das als eine infam gemeine Fügung gegen die angekämpft werden müsse mit allen Mitteln. Nachweislich schwächt Alkohol den Körper und in einem solchen durch Alkohol geschwächten Körper hätten die Bazillen das beste Feld zur Ausbreitung. Er verwies noch darauf, daß kein Sportsmann, der etwas leisten wolle, Alkohol zu sich nehme, weil er genau weiß, daß auch die kleinste Menge davon seine Sportkraft herabsetzt. Er kam dann noch auf die Ernährung zu sprechen und meinte, daß wir vor allen Dingen gutes und gesundes Brot haben müssen. Ein Pfund Brot ist gleich zwei Liter Milch. Butter schmeckt wohl besser als Margarine, aber die letztere tute dieselben Dienste. (Das ist nicht wahr! Red.) Er selber verbräuche in seinem Haushalt nur Margarine. Auf das Rauchen zu brechen kommt, geistete er die Unfitte des Zigarettenrauchens der Frauen und Mädchen. Die Anwesenheit des Rauchens sei überflüssig. Wir mühten dafür Milliarden an das Ausland bezahnen. Die Frauen sollte sie nicht nachahmen. Vorher wurde „Göhn“ gegeben, ein dramatischer Film in 5 Akten. Darin wurde gezeigt, wie die Leidenschaft im Menschen, ebenso wie der schreckliche Bergwind, Verheerungen verrichtet, auch im Menschen alles Gute vernichten kann. Brachtnoll waren die Schneelandschaften der Alpen, so recht urwälder jegigen Jahreszeit angepaßt.

Zur Einreichung von Lohnlisten für die Veranlagung der Einkommensteuer fordert das Finanzamt alle diejenigen auf, die im vorigen Jahre länger als 2 Monate Personen mit über 20 000 Mark Einkommen beschäftigt haben. (S. Inf.)

Die Reise der Wettkongress. Seit langer Zeit kam allmählich von Lübeck eine an einem Lübecker Wettkongress beteiligte Dame, eine Fräulein S., nach Hamburg, um Lübecker Wett für französische Rennen unterzubringen. Trotzdem oft verurteilt wurde, der Person habehaft zu werden, konnte diese immer entweichen. Freitag jedoch schlug am Hauptbahnhof ihre Schicksalsstunde. Sie wurde verhaftet. Im Heilig hatte sie einen Briefumschlag mit 10 000 Mk. und Wettzetteln. Sie will den Inhalt des Umschlages nicht gekannt haben, sei vielmehr von dem Gastwirt G. beauftragt, den Brief einem Kellner zu übermitteln. Durch ihre Freinahme konnten andere Beteiligte an dem Wettunternehmen ebenfalls verhaftet werden.

Eine Erhöhung der Eisenbahnfrachten um 20 Proz. tritt ab 1. März in Kraft.

Eisbericht vom Freitag. Die Eisverhältnisse scheinen im wesentlichen unverändert. Die neblige Luft erschwerte die Ermittlungen der in See befindlichen Eisbrecher der Kaufmannschaft über etwa eingetretene Veränderungen. Deilich von Marienleucht und Dahme ist etwas offenes Wasser zu sehen. Schiffe sind weder ausgegangen noch angekommen. Die Donnerstag ausgefahrenen Dampfer „Hira“ und „Finland“ sind zunächst bis zur Höhe von Kellentullen vorgebrungen. Die Fahrtrinne zwischen Lübeck und Travemünde wird durch die Eisbrecher offengehalten.

Türkische Diebe. In den letzten Nächten wurden die Haustürdrücker am Hause des Malermeisters Föllsch, bei St. Johannis 22 und Heidestraße 2, abgemacht und gestohlen.

ph. Wegen Vergehens gegen § 82 des R. Str. G. B. wurde eine hier wohnhafte Ehefrau festgenommen, deren Behandlung eine Frau ernstlich erkrankt ist. Festgenommen wurde ein Schumachergehilfe aus Gr. Klinikstraße, der sich der Unterschlagung eines Ueberziehers schuldig gemacht hatte. Er hatte sich von einem Freunde einen Ueberzieher geliehen, diesen verlegt und den Pfandchein fälschlich verkauft.

ph. Ueberdiebstahl. In der Nacht zum Mittwoch wurden aus einem Uhrmachergeschäft an der Untertrone 30 silberne und niedelne Herrenuhren sowie ungefähr 25 vernickelte Uhrketten mittels Einbruch gestohlen.

ph. Gestohlen wurden von einem älteren Bettler in einem Hause der Lindenstraße drei goldene Ringe, die in einem dortigen Schlafzimmer auf einer Kommode gelegen hatten.

den Heberlandzentralen auf große Versorgungsgebiete verteilt wird.

In weitestgehender Weise hat sich das englische Weltreich auf diese neue Entwicklung eingestellt. Heute beruht seine Macht auf der Herrschaft über die Weltmeere, die sich wiederum auf den festen Ring seiner Kohlenstationen stützt. Diese Kohlenburgen aber müssen bei steigender Verwendung des Oils als Brennstoffmaterial an Bedeutung einbüßen. An ihre Stelle kam als vollwertiger Ersatz nur der über die Weltteile verstreute Besitz von Ölfeldern in Frage kommen. Nun, England hat auch dieses Ziel durch den für England günstigen Kriegsausgang sichergestellt. Es hat neben seinen Kolonialölfeldern in Indien, Borneo und Trinidad noch die Hand auf diejenigen von Mesopotamien, Persien und Baku gelegt und ist an der Ausbeutung eines Teiles der mexikanischen wie rumänischen Ölfelder beteiligt. In diesem Wettrennen stoßen die englischen Kapitalgruppen mit denen der Vereinigten Staaten scharf zusammen, die angeführt des kurzen Verbrauchs der amerikanischen Erdölreserven auf der Suche nach neuen rentablen Ölfeldern in der übrigen Welt begriffen sind. Gleichzeitig ringen diese in der Standard Oil Company zusammengeschlossenen amerikanischen Kapitalisten um die Beherrschung ihrer bisher auf dem Weltmarkt des Oils ausgeübten Vorherrschaft.

Deutschland ist von Natur aus nicht mit diesem Brennstoff der Zukunft begabt. Die wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch gezeigt, daß nur diejenigen Länder wirtschaftlichen Höchststand erreichen konnten, die im eigenen Lande über die nötigen Grundstoffe verfügten. Das waren bisher Kohle und Erze. In dieser Hinsicht müßte man bei dem Fehlen des Erdöls in Deutschland trübe Zukunftsaussichten beschreiben. Aber auch hier hat der Geist anderer Völker versucht, die natürliche Schwäche durch künstliche Gewinnung auszugleichen. Das Heizöl läßt sich nicht nur in Koffinen aus der Erde gewinnen, sondern auch aus den verbleibenden Kohlenarten abbastillieren. Man hat im Kriege in diesem Verfahren Fortschritte gemacht, die bei weiterer Verbesserung die Heizölgewinnung aus Stein- oder Braunkohle immer leichter machen werden. Da sich bei dieser Verarbeitung der Kohle aber auch eine große Reihe sonstiger wertvoller chemischer Nebenprodukte ergeben, so zeigt sich hier bei dem gewaltigen Wettkampf zwischen Heizöl und Kohle, daß die steigende Bedeutung des Oils trotz dem Wert der Kohle sich begründet, sondern diese vielmehr durch gesteigerte technische Ausnutzung für andere wichtige Zwecke nutzbar

# Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Das große Karnevalkonzert im Gewerkschaftshaus am Dienstag, dem 21. Februar bringt nicht nur Karnevalmusik im landläufigen Sinne. Der erste und zweite Teil ist sogar hoch klassisch, wenn auch leicht verständlich. Die Abschiedssymphonie von Handb eröffnet den Abend. Sie wird in vornehmer Weise die bekannte Demonstration des alten Papa Handb gegen den Fürsten Eberhazy illustrieren, indem bei vollständig dunklem Saal die Musiker mit ihren Lichtlein am Pulste spielen, bis einer nach dem anderen streift und den Drehterrain verläßt. Die Duertüren Carnaval von Dooral und Königlich Carnaval von Berlioz schäumen über von froher Karnevalstimmung und der letzte Teil wird sogar recht humoristisch. Da der Saal ebenfalls recht gemütlich und warm ist, steht ein großer Besuch zu erwarten. Es wird nur noch gebeten, recht früh zu kommen, damit das erste Stück nicht durch Unruhe gestört wird.

Stadttheater. Für den Arbeiter-Bildungsverein wird Sonntag nachmittag „Lannhäuser“ gegeben. Abends wird auf vielfachem Wunsch der Sonntagsbesucher „Carmen“ wiederholt. Am Dienstag erste Wiederholung des erfolgreichen Lustspiels „Die Ballerina des Königs“, in der Titelrolle: Eva-Milce Cron als Gast.

Haustheater. Heute, Sonnabend, sowie morgen, Sonntag, 7 1/2 Uhr die überflüssige Posse „Er und seine Schwester“. Montag zum letzten Male: „Soheit tanzt Walzer“. Als 10. Vorstellung im Dienstag-Abonnement wird „Er und seine Schwester“ gegeben.

Handpuppenspiele. Kaiser Ruffenelle lebt noch! Das sollen die Handpuppenspiele zeigen, die von Sonntag an in der Aula des Johanneums unter der Leitung von Werner Perren stattfinden. Kießer Studenten, fahrende Schüler, sind's, die sich dieses so lange vernachlässigten Gebietes echter Volkstheater angenommen haben. Die Bühnenausstattung sowie die Puppen sind von der Kießer Kunstgewerbeschule ausgeführt worden. Täglich finden zwei Vorstellungen statt. Eine nachmittags 4 Uhr besonders für die Jugend, und eine abends 8 Uhr für die erwachsene Jugend und all die Großen, die wieder einmal jung sein und von Herzen lachen möchten. Da die Spieler voraussichtlich nur bis Mittwoch bleiben, ist es ratsam, sich zeitig Plätze zu besorgen.

Lichtbildervortrag über Handliniendruckkunst. Am Dienstag, dem 21. Februar, abends 8 Uhr hält der Hamburger Spiritist Cassatary im Marmosaal einen Lichtbildervortrag über Handliniendruckkunst usw. ab. (Siehe Anzeige)

# Angrenzende Gebiete.

Oestermünde. Sezungen — 80 Mark das Pfund! Infolge des Ausfuhrverbotes sind die Preise der Fische letzthin wieder enorm gestiegen. Die Sezungen koston das Pfund 80 Mark, Steinbutt 64 Mark. Im übrigen haben auch die ausländischen Kohlen, die beschafft werden müssen, um die Dampfer nicht stilliegen zu lassen, schuld. Verschiedene Reedereien kauften dieser Tage von England 4000 Tonnen Kohlen, die Sonne zu 1350 Mark, 180 Tonnen braucht ein Islandsfahrer, also — — —

Odenburg. Reaktionäre untertücken Kommunisten. Wir lesen im „Nordwestdeutschen Echo“: Odenburg. Öffentliche Versammlung der R.D. Thema: Die politische Lage und der Eisenbahnerstreik. Referent fand ungeteilten Beifall der Versammlung. Einstimmig angenommene Entschließung verurteilt Regierungsteror usw. Der Schluss heißt: Die Versammlung war von einer großen Anzahl Bürgerlicher besucht. — Warum sollten die Bürgerlichen auch einer Entschließung nicht zustimmen, die doch ihrem Wunsche so weit entgegenkommt. Und wenn schon Sobelsohn mit Stinnes partiiert? R.D.-Stinnespartei!

# Beamtengehälter.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ vom 16. 2. 22 halten sich über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Senatsvorlage betr. der Teuerungszuschläge für die Beamten auf. Es handelt sich um eine Vorlage, die eine gleichmäßige Teuerungszulage für alle Beamten und Angestellten von 2000 Mk. vorsieht. Die „Lübeckischen Anzeigen“ berufen sich bei ihrer Beurteilung auf eine Eingabe des Lübecker Beamtenbundes an die Bürgerschaft, diesen Antrag unverändert anzunehmen, damit keine Verzögerung in der Auszahlung der Gehälter eintrete. Ob diese Stellungnahme des Lübecker Beamtenbundes auch die Billigung der unteren Gruppen findet, wage ich sehr zu bezweifeln. Wie liegen denn die Dinge auf diesem Gebiet? Jeder Beamte der unteren Gruppen wird sich mit gerechter Empörung der Regelung der Befoldungsordnung mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 erinnern. Bei dieser Regelung wurde den Beamten die Gehälter abermals nach der bekannten Regel: „Oben fix und unten nix“ zugemessen. Die Beamtengehälter setzen sich zusammen aus: Grundgehalt, Ortszuschlag, Teuerungszulage und Kinderzulage. Wenn man, unter Zugrundelegung der Grundgehälter und die dementsprechenden Orts- und Teuerungszuschläge, die Berechnung der neuen Endgehälter vornimmt, ergibt sich folgende Steigerung:

Gruppe 3	24,9	Proz.
Gruppe 4	22,1	„
Gruppe 5	25,5	„
Gruppe 6	26,8	„
Gruppe 7	35,2	„
Gruppe 8	45,3	„
Gruppe 9	49,5	„
Gruppe 10	50,2	„
Gruppe 11	65,8	„
Gruppe 12	85,5	„
Gruppe 13	118,9	„

Diese Zahlen öffnen sofort jedem die Augen darüber, daß oben nicht zu viel gefagt ist. In den unteren und mittleren Gruppen ganz bescheidene Zulagen, dafür in den oberen Gruppen riesige Erhöhungen. Hierfür ein Beispiel:

Das Endgehalt betrug nach der Regelung vom 1. Oktober 1921 ab in

Gruppe 3	23 760 Mk.	in Gruppe 13	105 600 Mk.
vor dem 1. 10. 21	19 107 Mk.	in Gruppe 13	48 250 Mk.
Steigerung	4 653 Mk.	in Gruppe 13	57 350 Mk.

Zu dieser Steigerung soll nun abermals eine gleichmäßige Erhöhung für jeden Beamten und Angestellten von 2000 Mk. im Jahr kommen. Gegen diese schematische Regelung habe ich mich im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion gewandt. Wir fordern, bevor eine abermalige Erhöhung für die höheren Gruppen eintritt, eine gerechtere Staffelung der Grundgehälter.

Sehen wir uns nun einmal die höchst fragwürdige Staffelung der Endgehälter in den einzelnen Gruppen an. Das Endgehalt



die beste Milch-Schokolade

in Gruppe 3 ist um 2000 Mk. höher wie in Gruppe 2  
 in Gruppe 4 ist um 1000 Mk. höher wie in Gruppe 3  
 in Gruppe 5 ist um 1000 Mk. höher wie in Gruppe 4  
 in Gruppe 6 ist um 2500 Mk. höher wie in Gruppe 5  
 in Gruppe 7 ist um 3000 Mk. höher wie in Gruppe 6  
 in Gruppe 8 ist um 3500 Mk. höher wie in Gruppe 7  
 in Gruppe 9 ist um 5000 Mk. höher wie in Gruppe 8  
 in Gruppe 10 ist um 6000 Mk. höher wie in Gruppe 9  
 in Gruppe 11 ist um 7000 Mk. höher wie in Gruppe 10  
 in Gruppe 12 ist um 13000 Mk. höher wie in Gruppe 11  
 in Gruppe 13 ist um 23000 Mk. höher wie in Gruppe 12

Das Endgrundgehalt in Gruppe 7 beträgt 22 500 Mk., demnach ist die Differenz zwischen den Endgrundgehältern der Gruppen 1 bis 7. Gegen diese schreiende Ungerechtigkeit wenden wir uns und werden es auch immer tun, gleichgültig, ob es den Schreibern in der Königstraße in ihren Kram packt oder nicht, selbst auf die Gefahr hin, von diesen Herren angepöbeln zu werden. Der große Unterschied zwischen uns und der Königstraße ist eben der: dort werden die Interessen der oberen und von uns die Interessen der unteren Gruppen vertreten. Sehr zu Ihrem Bedauern, meine Herren, aber es ist nun einmal so und es ist auch so.

Wenn man nun aber glaubt, ein rechtsstehendes Bürgerrechtsmitglied gegen mich als Ketzer der Beamten auszuspielen zu können, so brauche ich wohl nur an das Verhalten sämtlicher Herren von rechts anlässlich der Beratung der Befehlsordnung im vorigen Jahre zu erinnern.

Die für uns in Frage kommenden Beamten kennen ihre Pappenhäuser ganz genau und uns ist die Betrübnis der Königstraße über die fortgeschwommenen Felle auch durchaus verständlich.

Daß man so ganz nebenbei auch eine irrtümliche Verichterstattung in der Dienstaussage (Morgenblatt Nr. 75) über den sozialdemokratischen Antrag bringt, ohne diese zu berücksichtigen, liegt wohl an der dort in alleinige Erbpacht genommenen, so oft betonten vornehmlichen Kampfesweise. Daß man über die von mir in der Bürgerstraße gemachten Angaben, über die Steuerveranschlagung, nicht ein einziges Wort bringt, ist wohl nur auf die in ihren Kreisen übliche „objektive“ Verichterstattung zurückzuführen. Holen wir diese Sache kurz nach, damit sie nicht so schnell vergessen wird.

Das am 1. Januar 1922 in Kraft getretene Einkommensteuergesetz ermäßigt die Steuern gerade wieder für die bestbezahlten Gruppen ganz erheblich:

	alte Steuer	neue Steuer	weniger
bis 24 000 Mk.	2160 Mk.	1980 Mk.	180 Mk.
bis 30 000 Mk.	3360 Mk.	2580 Mk.	880 Mk.
bis 35 000 Mk.	4610 Mk.	3080 Mk.	1530 Mk.
bis 40 000 Mk.	6110 Mk.	3580 Mk.	2530 Mk.
bis 45 000 Mk.	7860 Mk.	4080 Mk.	3780 Mk.
bis 50 000 Mk.	9860 Mk.	4580 Mk.	5280 Mk.

Die erparten Summen steigen bei einem Einkommen von 60 000 Mk. bis 140 000 Mk. von 7280 Mk. bis 29 900 Mk. Trotz dieser erheblichen Vergünstigung auch in steuerlicher Beziehung soll der untere Beamte und Angestellte keinen Pfennig mehr erhalten als der Höchstbezahlte. Auch 2000 Mk. im Jahre und damit basta! Und wer damit nicht einverstanden ist, versteht nichts von der Sache oder sucht seinen Parteibeil!

Ganz unbefehdet um die Meinung der höheren Beamten, die sowohl in gehaltlicher als in steuerlicher Beziehung glänzend abgeschnitten haben, erheben wir die Forderung, nunmehr erst einmal den unteren und mittleren Beamten eine Befehlsordnung, die sich wenigstens einigermaßen den heutigen Verhältnissen anpaßt, zu gewähren.

Blüht der höheren Beamten wäre es, ihre Kollegen hierin zu unterstützen. Daran denken die meisten der Beamten gar nicht, und was die unteren Beamten von der Königstraße zu erwarten haben, wissen wir ganz genau.

Es ist sonst nicht meine Art, mich wegen meiner Stellungnahme im Parlament in der Presse zu äußern. Wenn ich in diesem Falle von meiner Gepflogenheit abweiche, so geschieht es einerseits, um eine Legendenbildung zu verhindern, und andererseits, der Öffentlichkeit einmal einen Beweis dafür zu liefern, welcher Art die Verichterstattung einer „gewissen Klasse“ ist. Im übrigen denke ich, meine bisherige Gepflogenheit beizubehalten und halte es mit dem Spruch: „Was kümmert es den Mond, wenn ihn der Mops anbellt.“

## Theater und Musik.

### Stadttheater.

Die Kofferina des Königs, Lustspiel von Rudolf Wesber und Leo Walter Stein.

Ein unterhaltiges Lustspiel mit vielen guten Bonmots und etwas Sentimentalität. Hübsch reißt sich Szene an Szene; wichtig glänzende Gespräche kommen und gehen wie Feuerwerk. Die Handlung ist einfach und unbedeutend: Friedrich II. und die Tänzerin Ballerina lieben sich in der Jugend; Königspflicht scheidet über diese Liebe hinweg; nach 30 Jahren Wiedersehen, ein kurzes Aufblitzen des Jugendglücks in der Erinnerung. Leider vermischt Sentimentalität die durchschimmernde Tragik des Einkamens. Trotzdem ist das Lustspiel eines der besten seiner Art.

Die dankbare Hauptrolle — Barberina — lag in der Hand von Eva Alice Cron als Gast. Sie bot eine Glanzleistung voller Scharm und Temperament; in glänzender Sprache drehte und wendete sie der Barberina bunt schillernde Seele. Dazu tangte sie — wie die Barberina.

Den König gab Norbert Schiller. Wenn auch immer echte Gestalt der Barberina wirkungsvolles Gegenstück bot, aber gerundet war die Leistung nicht. Die spröde Sprache Schillers hörte; und ein schmerzender Feldweibel war Friedrich II. in seiner Jugend sicher nicht, sondern ein schöngeistiger, wenn auch mensch-verachtender Philosph. Später fanden sich die beiden Hauptpersonen besser im Zusammenpiel; aber immer wieder hörte das jugendlich-sprudelnde Sprechen.

Emma Opel als Mutter spielte komisch wie immer und hatten guten Erfolg. Lobend zu erwähnen wären noch Süssen-

guth (Menschenleben), Brandt (Schulenburg), Stengel (Meyer), Moran (Theaterdirektor), und besonders Jassen; als Knobelndorf. A. S. Stein nahm keinen Hofrat etwas zu tragen.

Die Gesamtauführung war gut und fand reichen Beifall.

## Aus aller Welt.

Tragischer Tod eines zweieinhalbjährigen Knaben. In Frankfurt a. M. wurde ein zweijähriger Knabe wegen Scharlachs und Windroze in einem Einzelzimmer der Kinderklinik untergebracht. Da es der Zustand nicht erforderte, war keine klandige Pflanzwache im Zimmer. Das lebhafte Kind war in den beiden ersten Tagen im Bett angebanden; das hörte nach Gewöhnung an die neue Umgebung auf. Es pflegte die Schwester durch Rufen und Klingeln selbst herbeizurufen. Auf ärztliche Verordnung war ein Halsknotenband angelegt worden. Eines Nachmittags wurde es von der Krankenschwester wenige Minuten darauf in hängender Lage leblos vorgefunden. Das Kind hatte sich am Kopfende des Bettes angesetzt, war mit dem Kopfverbund an einem Quersäulen der Stange, die zum Aufhängen der Namenstafel um, dient, hängen geblieben und durch Zug am Halsverbund erstickt. Die Wiederbelebungsversuche blieben leider ohne Erfolg.

Zum Tode verurteilt. Das Münchener Volksgericht verurteilte den Ladelöhner Polina wegen Mordes zum Tode und seinen Mitbeschuldigen den Kaufherrn Matthias Maier, wegen Beihilfe zu 15 Jahren Zuchthaus. Die beiden hatten vor zwei Jahren in der Nähe von München einen Bädergehilfen ermordet und beraubt.

## Briefkasten.

Ein Vorstandsmitglied des Bekleidungsarbeiterverbandes wird erlucht, am Montag zwischen 8 und 2 Uhr in der Redaktion vorzusprechen.

## Geschäftliches.

Die Buddenbrook-Buchhandlung in der Mengstraße. Das frühere Mannsche Parfümerhaus, Mengstraße 4, das sog. Buddenbrookhaus, eines der charakteristischsten und schönsten Häuser aus den Blütejahren unserer Stadt, ist wieder hergestellt worden und soll in den nächsten Wochen seiner neuer Bestimmung zugeführt werden. Das Haus mit seiner schönen archaischen architektonischen Charakteristik des 18. Jahrhunderts wird das Heim der Buddenbrook-Buchhandlung. Mit viel Mühe ist den Räumen und dem Innern des Hauses das frühere Aussehen wiedergegeben und dafür gesorgt, daß alles, was in den Rahmen „incompacte, erhalten geblieben ist. Das Programm der B.-B.-L. sowie das genaue Datum der Eröffnung, zu der, wie schon mitgeteilt wurde, Thomas Mann erwartet wird, wird noch bekannt gegeben.

## Unsere Bezieher des Lübecker Volksboten

sind hiermit höflich ersucht, das Bezugsgeld abgezahlt bereit zu halten, um unseren Trägerinnen die Tätigkeit des Einkassierens möglichst zu erleichtern.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

## Vorstandswahlen für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden.

Die unterzeichneten Kirchengemeindevorstände fordern hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die am

**Donntag, dem 26. März 1922**

stattfindenden Vorstandswahlen auf.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 12 Wahlberechtigten in die Wählerliste eingetragenen Gemeindegliedern unterzeichnet sein. Der an erster Stelle stehende Unterzeichner gilt als Bevollmächtigter der übrigen. Jeder Wähler darf nur auf einem Wahlvorschlag unterzeichnen. Jeder Wahlvorschlag darf doppelt so viel Namen enthalten, als Mitglieder zu wählen sind.

**5. März 1922**

bei den Vorsitzenden der Kirchengemeindevorstände einzureichen, und zwar für

- St. Marien bei Buchdruckermeister W. Dahms, Fleischhauerstr. 45.
- St. Jacobi Buchdruckermeister Jul. Heiss, Königstr. 13.
- St. Petri Kaufmann J. N. G. Kahns, Gr. Petersgrube 7/9.
- St. Agidien Kaufmann Jul. Hahn, Neudienstr. 22.
- Dom Direktor Dr. Hartwig, Braunitz 2.
- St. Lorenz Rentner Phil. Paulig, Fackendurker Allee 18.
- St. Matthäi Schlachthofdirektor Land. Katharinenstr. o. Nr.
- St. Gertrud Grft. Staatsanwalt Dr. Lienau, Roeststr. 28.
- Luthergemeinde Geschäftsführer Kurt Möller, Lohweh-Allee 17a.
- Schlutup Pastor Hasfermann, Schlutup.
- Rüdnig Hüfner H. Henk, Böspegdorf.
- Genin Pastor Carlstenen, Genin.
- Hußje Pastor Kahl, Huße.
- Wahlendorf Pastor Fischer, Wahlendorf.
- Travemünde Maternemer Hargus, Travemünde.

Wahlvorschläge können bis zum 12. März ergänzt oder miteinander verbunden erklärt werden. Lübeck, den 18. Februar 1922. (19261)

## Die Kirchengemeindevorstände.

Gesucht einige tüchtige (18276) Metalldreher und Revolverdreher. Drägerwerk, Personalbureau.

## Waisenhaus.

Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Vereinbarung der letzteren am **Freitag, dem 27. Februar, morgens 9 Uhr**, im Waisenhaus anzubringen. (19212) Lauf- oder Geburtschein, Impfschein und letztes Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzureichen.

## Die Vorsteherchaft des Waisenhauses.

Eine Tafelwagen preiswert zu verkaufen. (19277) Bei der Lohmühle 20a.



Zahnarzt **Uhrens** macht **Sehrling**. (19247) Gartenbude zu kau. gel. Ang. u. TK a. d. C. (19242)

## Einreichung von Lohnlisten zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer.

Auf Grund des § 40 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 werden alle diejenigen, welche Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt im Kalenderjahre 1921 länger als 2 Monate beschäftigt haben, hiermit aufgefordert, bis zum 15. März 1922 Namen, Stellung, Wohnung sowie das von ihnen herrührende Einkommen dieser Personen dem unterzeichneten Finanzamt mitzuteilen. Die Mitteilung hat sich nur auf die Personen zu erstrecken, welche im Kalenderjahre 1921 ein Einkommen von über 20 000 Mk. bezogen haben. Nachforderung von Lohnlisten der Personen mit einem Einkommen von unter 20 000 Mk. bleibt vorbehalten. In der Lohnliste ist zugleich anzugeben, für welchen Zeitraum das Einkommen bezogen wurde.

Die gleiche Verpflichtung besteht für die Vorstände juristischer Personen und von Vereinen aller Art, sowie für die Vorstände aller Stellen, Behörden und Anstalten des öffentlichen Dienstes hinsichtlich des Verurs- oder Pensionseinkommens ihrer Beamten, Angestellten, Bediensteten sowie der Empfänger von Ruhegehältern, Witwens- und Waisen-Pension oder Unterhaltbeiträgen.

Mit Genehmigung des Landesfinanzamtes hat für den hiesigen Bezirk die Mitteilung nicht in Form von Listen, sondern in Form von einzelnen Lohnzetteln zu erfolgen. Diese Lohnzettel werden auf Anforderung unentgeltlich geliefert und sind im Zimmer 24 des Finanzamtes, Fleischhauerstraße 20 abzuholen.

Das Finanzamt wird bei Nichtbefolgung der vorstehenden Anordnungen nötigenfalls die Zwangsmaßnahmen des § 202 der Reichsabgabenordnung anwenden, um den rechtzeitigen Eingang der Lohnzettel sicherzustellen. Lübeck, den 17. Februar 1922. (19259)

## Das Finanzamt.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen

## tüchtigen Klempner,

welcher Treibarbeiten machen kann und möglichst schon auf Karosserie gearbeitet hat. (19248) Caspar-Werke Travemünde.

## 141 Paar Schuhe

wurden aus einer Dose **Nigrin** blitzblank geputzt. (19226)

Verlangt beim Händler kostenlos Werbebogen z. großen Propaganda-Werbe-Ausschreiben für **Schuhputz Nigrin** und **Seifenpulver Schneekönig** mit etwa **Mk. 200 000 Preisen u. Prämien.** Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

## Bekanntmachung.

Gesellenprüfungen Ostern 1922.

Alle nicht bei einer Innung eingeschriebenen Handwerkslehrlinge, deren Lehrzeit um Ostern d. J. abläuft, haben ihre Anmeldung zur Gesellenprüfung spätestens bis zum 1. März d. J. in der Kanzlei der Gewerbeamt, Breite Str. 40 I, unter Benutzung der dort abzufordernden Formulare und unter Einzahlung der Prüfungsgebühr von 50.— Mk. einzureichen. Auch alle Industrielehrlinge, die sich der Gesellenprüfung vor den Prüfungsausschüssen der Gewerbeamt unterziehen wollen, haben ihre Anmeldung unter Einzahlung der Prüfungsgebühr von 50.— Mk. bis zu demselben Termin zu vollziehen. 19272 Die Gewerbeamt.

## Sozialdem. Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schanzen.

## Nachruf.

Am 15. Februar starb nach langer Krankheit unsere Genossin

## Marie Eckmann

im Alter von 22 Jahren. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Versammlung der Genossen und Genossinnen am Sonntag, 19. Febr., 12½ Uhr, bei Saborowski. (19256)

## Gel. Morgenblüte

(19248) Beckersgrube 60II. Weiblich. Kinder-Holz-Setzlinge zu verkaufen. (19211) Krausestr. 11, pt.

## 2-3-Wohn. gegen gleiche zu tauschen gel.

Hollentor-Süd. Angeb. unter G. H. a. d. Gyp. (19246)

## 1 Sofa und 4 Polsterstühle

feiner Preis 800 Mark (19273) Gröpelgr. 18.

## verf. Vuffelstr. 33. (19248)

J. n. Weir.-H.-Lampe zu junger Hund zu verk. (19255) Eppendorfer 72 ntr.

## 39. Waghund zu verk. (19239)

Augustenstr. 29a

## 1 Zugänger, ca. 80 Wfd. zu verkaufen. (19281)

Vercevalstraße 29.

## Dr. Zugänger zu verk. (19278)

Lügowstr. 25 a l.

## Zwei Zugänger zu verkaufen. (19284)

Hoffmann, Stokelsdorf, Dorfstraße 17.

## Zugänger zu verkaufen (eig. Sucht) v. 9-12 vorm. (19281)

Gerrendamm 6.

## Verf. Waschkentel b. s. v. St. Kietau 10. I. (19267)

Ein fl. s. Waschenanz. zu verm. oder zu verk. (19275) Lügowstr. 14, pt.

## Korsette werden billig angefertigt (19279)

Brottingstr. 44 II rechts.

## Meiztl. Sonntagsofen. Dr. Lehnardt, No. 417. 18. Dr. Pss. Wferdmarkt 14. Dr. Hoffmeister, Woll. Allee 2 (19282)

## AKTKARTEN!

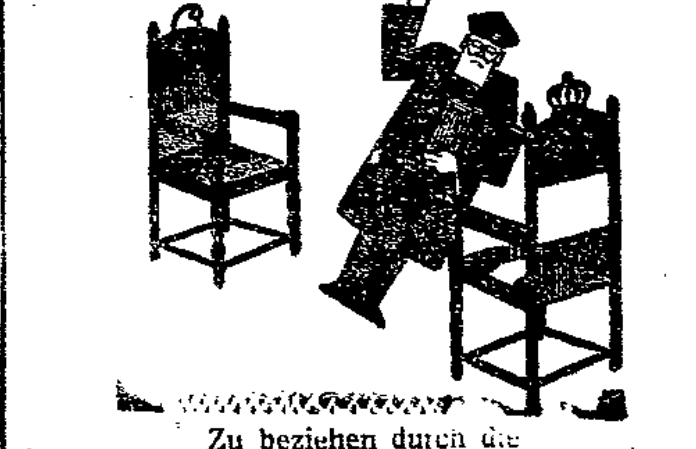
Gegen Einwendung von 20 Mk. im Brief bekommen Sie eine komplette Serie verschlossen. Seröse Reisende u. Dienstverkäufer unter günstigen Bedingungen gesucht. (19230) Otto Gary, Wien XX/37.

**Glöckengießerstraße 61.** Zahle die höchsten Preise (19250) für Lumpen, Eisen, Metall, Papier, Flachsen, Felle, Haare usw. Fr. Erdmann, Fernruf 2751.

Die höchsten Tagespreise für **Lumpen, Eisen, Metall, Papier, Felle usw.** erhalten Sie bei (19221)

**Selig L. Cohn,** Wahrenstraße 62. Telefon 2153.

**ERICH KUTTNER** M.B. Warum verfasst die Justiz?



Zu beziehen durch die **Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

## SATYRIN (gold u. silber),

die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der

**Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte.** Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck.

Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.— (19231)

Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

